Vorbereitung LANDTAGSWAHLEN BADEN-WÜRTTEMBERG, Oktober 2015

Baden-Württemberg plus sozial - Das geht. Mit uns.

ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2016
ANTRAG des Landesvorstandes an den LANDESPARTEITAG 21./22. Nov. 2015

LANDESVORSTAND UND ARBEITSGRUPPE LANDTAGSWAHLPROGRAMM

DIE LINKE Baden-Württemberg	Landesvorstand und AG Landtagswahlprogramm 2016
Antragsteller an den Landesparteitag 21./22.11. 2015:	Landesvorstand DIE LINKE Baden-Württemberg, geschf. Landesvorstand
Autorinnen und Autoren: Mitglieder und Mitwirkende:	AG Landtagswahlprogramm, Landesvorstand, geschf. Landesvorstand
Version:	5.0
Letzte Änderung:	04.10.2015

1

2	<i>EINLEITUNG: LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER,</i>	3
3	1. GUTE ARBEIT STATT STRESS UND SCHLECHTE BEZAHLUNG	6
4	2. SOZIALE SICHERHEIT UND GERECHTIGKEIT: FÜR EIN LAND OHNE ARMUT UND EXISTENZANGST	7
5	3. DAS ÖFFENTLICHE STÄRKEN: ENTEIGNUNG DER BEVÖLKERUNG STOPPEN	9
6	3.1. <i>Wir wollen Wohnen bezahlbar machen!</i>	11
7	3.2. <i>Für ein solidarisches Gesundheitssystem. Gesundheit ist keine Ware.</i>	12
8	3.3. <i>Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte</i>	14
9	4. BILDUNG GEHT SOZIAL – FÖRDERN STATT AUSGRENZEN	16
10	4.1. <i>Klasse Kita für unsere Kinder!</i>	16
11	4.2. <i>Eine Schule für alle: Gemeinsam lernen</i>	17
12	4.3. <i>Berufliche Bildung verbessern - Weiterbildung fördern</i>	18
13	4.4. <i>Für eine kritische Hochschule: selbständig denken und fragen lernen</i>	19
14	4.5. <i>Erwachsenenbildung</i>	21
15	5. EINE SELBSTBESTIMMTE JUGENDPOLITIK	21
16	5.1. <i>Kulturelle Selbstbestimmung - Freizeit ist mehr</i>	22
17	5.2. <i>Gute Bildung, bezahlbarer Wohnraum und Mobilität für Jugendliche!</i>	22
18	5.3. <i>Legalisierung statt Repressionen</i>	23
19	6. WILLKOMMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG.....	23
20	6.1. <i>Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken</i>	23
21	6.2. <i>Gleiche Rechte – Diskriminierung und Rassismus bekämpfen</i>	24
22	6.3. <i>Flüchtlinge - Willkommen in Baden-Württemberg!</i>	24
23	7. LINKE POLITIK VON UND FÜR FRAUEN.....	27
24	7.1. <i>Baden-Württemberg – Schlusslicht bei der Frauengleichstellung</i>	27
25	8. DISKRIMINIERUNG BEKÄMPFEN – VIELFALT DER LEBENSWEISEN FÖRDERN – EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN	
26	EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT ERMÖGLICHEN.....	29
27	8.1. <i>Linke Behindertenpolitik ist selbstbestimmte Behindertenpolitik</i>	29
28	8.2. <i>Damit wir leben können wie wir wollen - Für ein offenes Baden-Württemberg</i>	30
29	8.3. <i>Kultur für alle statt prekär kreativ</i>	31
30	8.4. <i>Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung</i>	31
31	8.5. <i>Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirchen und Staat</i>	32
32	9. MITBESTIMMUNG, DIREKTE DEMOKRATIE UND RECHTE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER	32
33	9.1. <i>Für mehr Fairness beim Wahlrecht</i>	33
34	9.2. <i>Demokratie erfordert Transparenz</i>	34
35	9.3. <i>Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht – Keine Verschärfung des Versammlungsgesetzes!</i>	34
36	9.4. <i>Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirke</i>	35
37	10. GEGEN RASSISMUS UND NATIONALISMUS.....	35
38	10.1. <i>Schluss mit der Vertuschung. NSU-Morde und die Verstrickung der Landesbehörden aufklären</i>	35
39	10.2. <i>Kein Fußbreit den Rechten</i>	36
40	11. SOZIALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK – KOMMUNEN FINANZIELL UND POLITISCH STÄRKEN	36
41	11.1. <i>Wirtschaft für die Zukunft: sozial und ökologisch</i>	36
42	11.2. <i>Soziale Politik und Zukunftsinvestitionen finanzieren</i>	38
43	11.3. <i>Unsere Kommunen brauchen Zukunft</i>	39
44	12. EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE WENDE IM LAND.....	40
45	12.1. <i>Regionale Strukturpolitik und Energiewende</i>	40
46	12.2. <i>Mobilität für alle – mit weniger Verkehr</i>	41
47	12.3. <i>Landwirtschaft und Forsten</i>	44
48	12.4. <i>Verbraucherschutz ausbauen</i>	45
49	12.5. <i>Lebensgrundlagen erhalten</i>	46
50	13. KONSEQUENTE FRIEDENSPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG	46
51	Gemeinsam das Land verändern.....	49
52		
53		
54		

55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109

Einleitung: Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Am 13. März 2016 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Neu? Wirklich neu wäre, wenn es im Landtag eine Partei gäbe, die konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt und die wichtigen Fragen stellt.

Wie viele Menschen suchen in unserem Land eine bezahlbare Wohnung – und finden sie nicht. Mehr als jeder und jede Fünfte arbeitet in prekären, also in jeder Hinsicht unsicheren Beschäftigungsverhältnissen: Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird befristet geschlossen. Mini- und Midijobs, von denen niemand leben, geschweige denn eine Rente ansparen kann. Leiharbeit, Werkverträge und unfreiwillige Teilzeitarbeit. Warum sind bei uns so viele Lehrerinnen und Lehrer befristet beschäftigt, wie in kaum einem anderen Bundesland? In Mannheim lebt jedes vierte und in Stuttgart jedes zehnte Kind in Armut. Warum nehmen SPD und Grüne das hin? Die Regierung betont, es gehe uns gut dank Wirtschaft und Mittelstand. Sie spricht von den Herausforderungen der Digitalisierung. Doch wer spricht von Verkäuferinnen und Erzieherinnen, von Erwerbslosen, von all den Menschen, die jeden Tag arbeiten und das Geld zusammenhalten müssen, um über die Runden zu kommen?

Warum wird so wenig über fehlende Kindertagesstätten, fehlendes Personal in Erziehung, Gesundheit und Pflege, über den Mangel an einem gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr oder überhöhte Fahrpreise gesprochen? Über Krankenhäuser, die auf dem Land geschlossen werden? Weshalb sind im Bildungssystem immer noch Kinder aus ärmeren Familien benachteiligt?

Warum wird gegen Flüchtlinge gehetzt? Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen aufgrund von Krieg, Verfolgung, Umweltzerstörung sowie Armut und Not auf der Flucht. Durch Interventionskriege und die Ausbeutung von Ressourcen tragen die Industriestaaten hierfür maßgeblich die Verantwortung. Baden-Württemberg exportiert Waffen in viele dieser Krisenregionen. Unsere Aufgabe ist es, die Fluchtursachen zu bekämpfen, die Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen und ihnen Möglichkeiten zu bieten, an unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Offensichtlich wird eine starke LINKE gebraucht, die diese Fragen stellt, die andere Parteien mit ihnen konfrontiert und diese Themen in den Landtag einbringt.

DIE LINKE gehört in den Landtag, weil

- sie Druck von links macht und konsequent für soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, bessere Bildung und für den sozial-ökologischen Umbau eintritt.
- sie Themen wie Kinderarmut, unsichere Arbeitsverhältnisse oder Wohnungsnot auf die Tagesordnung setzt.
- sie den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften eine Stimme im Landtag gibt.
- sie keine Angst hat, sich mit politisch Mächtigen und Wirtschaftsbossen anzulegen.
- sie unabhängig von Unternehmensspenden ist und ohne Wenn und Aber gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und gegen öffentlich-private Partnerschaften eintritt.
- sie das Land in die Pflicht nimmt, die notwendigen Dienstleistungen für die Allgemeinheit gebührenfrei zur Verfügung zu stellen.
- sie Rassismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus und deren Ursachen kompromisslos bekämpft und die Demokratie verteidigen und ausbauen will.

Und weil sie nach der Wahl das macht, was sie vor der Wahl versprochen hat.

Politikwechsel ist ausgeblieben

Vom Ergebnis der letzten Landtagswahl hatten sich viele einen Politikwechsel versprochen. Die lange Vorherrschaft der CDU wurde gebrochen, erstmals gibt es einen grünen Ministerpräsidenten. Was hatten die Grünen und die SPD vor der Wahl nicht alles zugesagt: Sie wollten mehr für die Ökologie tun. Der öffentliche Personen- und Nahverkehr sollte ausgebaut werden. Es sollte mehr Bürgerbeteiligung geben; mit Bildung, Gesundheit und Pflege sollte es vorangehen. Gute Arbeitsverhältnisse sollten in einem reichen Land wie unserem selbstverständlich sein. Und heute?

110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161

Urteilen Sie selbst:

- Die SPD forderte im Wahlkampf ein gebührenfreies Kita-Jahr wie in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz. Leider wurde daraus nichts.
- Die SPD wollte 50.000 Wohnungen im Jahr schaffen. Es sind 20.000 weniger. Es fehlen weiterhin günstige Mietwohnungen. Grüne und SPD in der Regierung stimmten einem Spekulationsgeschäft mit 25.000 Wohnungen zu. Den Schaden haben jetzt die Mieterinnen und Mieter.
- Die Grünen sind auch durch die Protestbewegung gegen Stuttgart 21 an die Macht gekommen. Nun bauen sie. Dabei interessiert nicht, dass die bei der Volksabstimmung veranschlagten Kosten von 4,5 Milliarden Euro mindestens doppelt so hoch ausfallen werden. Dafür könnte man viele Kitas bauen, Erzieherinnen einstellen und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen.
- Das versprochene landesweite Sozialticket wurde nicht eingeführt.
- Die Landesregierung gibt jährlich 150 Millionen Euro weniger für Krankenhäuser und Unikliniken frei als im Jahr 2011 versprochen.
- Grüne und SPD versprachen mehr Demokratie. Dazu sollten Landräte direkt gewählt, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtert werden. Der erste Punkt wurde gar nicht umgesetzt, der zweite Punkt nur äußerst zaghafte.
- Unter der CDU waren in Baden-Württemberg die Chancen von Akademikerkindern, zum Abitur zu kommen, 18mal höher als die von Arbeiterkindern. Das ist ein bisschen besser geworden. Aber ein bisschen Gemeinschaftsschule reicht nicht, allen Kindern einen fairen Bildungsverlauf zu sichern.
- Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass ausgerechnet ein Grüner das Asylrecht in Deutschland einschränken würde?
Die Kennzeichnung der Balkanländer des ehemaligen Jugoslawiens als sichere Herkunftsländer setzt das individuelle Recht auf Asyl für Flüchtlinge aus dieser Region de facto außer Kraft. Dabei werden dort vor allem Roma rassistisch diskriminiert und verfolgt.
- Regenerativen Energieformen – eine grüne Herzensangelegenheit? Nirgendwo werden so wenig neue Windkraftwerke gebaut wie in Baden-Württemberg.
- Sich mit Rechtsradikalen, alten und neuen Nazis auseinanderzusetzen, war der SPD und den Grünen bislang nicht wirklich wichtig. Gegen die Mittäter des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), jener Mördertruppe, wurde nicht ernsthaft ermittelt. Es hat sehr lange gedauert und einiges an öffentlichem Druck erfordert, bis der Landtag einen Untersuchungsausschuss einsetzte.

Baden-Württemberg ist ein reiches Bundesland - aber reich sind nur Wenige, arm Viele.

Der Reichtum von Baden-Württemberg beruht auf der Arbeitsleistung Vieler. Die Früchte dieser gemeinsamen Arbeit sind aber ungleich verteilt. Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent des gesamten Vermögens. Ein Drittel der Bevölkerung besitzt nichts oder hat sogar Schulden. Hunderttausende arbeiten hart in Baden-Württemberg für so niedrige Löhne, dass sie selbst im Vollzeitjob nicht von dem Geld leben können. Das ist nicht fair!
In Baden-Württemberg beträgt die Armutsquote über 11 Prozent. In einem reichen und teuren Land ist es besonders schwer, arm zu sein oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten zu müssen. Da tut es doppelt weh, wenn die Gebühren für viele öffentliche Dienstleistungen steigen, wenn es an Kita-Plätzen für Unter-Dreijährige, an Personal in Gesundheit, Pflege und Erziehung oder an bezahlbaren Wohnungen fehlt. Die Bekämpfung von Armut und Kinderarmut, zum Beispiel durch Sozialtickets oder ein kostenloses warmes Mittagessen in Kitas und Schulen, war für SPD und Grüne kein Thema.

Arme und reiche Städte und Gemeinden

Das ist die Bilanz von fünf Jahren SPD und Grünen: Die Kluft zwischen reichen und armen Kommunen hat sich vergrößert. Viele Kommunen haben deutlich zu wenig Geld, um ihre wachsenden Aufgaben erfüllen zu können. Wer für Kindertagesplätze, für eine bessere Erziehung und Bildung, für einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, eine gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Pflege eintritt, muss auch sagen wie er das finanzieren will. Dazu drei Vorschläge:

- 162 • Derzeit könnte sich der Staat das nötige Geld auf dem Kapitalmarkt problemlos zu einem Zinssatz
163 von 0 bis 0,5 Prozent leihen und in die Zukunft investieren. Das ist jedoch wegen der Schuldenbremse
164 fast unmöglich. Warum also dann nicht weg mit der Schuldenbremse?
- 165 • Grüne und SPD setzen auf das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaften. Private Investoren,
166 etwa Versicherungen oder Investmentgesellschaften, sollen in staatliche Infrastrukturprojekte
167 investieren. Hört sich gut an, wird am Ende aber teuer, wie der Landesrechnungshof festgestellt hat.
168 Also Finger weg!
- 169 • Warum versuchen wir es nicht mal mit Steuergerechtigkeit? Die SPD will den privaten
170 Unternehmen bei der Erbschaftssteuer große Beträge nachlassen. Grüne und SPD wollen keine
171 Vermögenssteuer auf richtig große Vermögen erheben. Dabei kämen diese Steuern direkt dem
172 Landeshaushalt zugute.

173

174 DIE LINKE hat Vorschläge, die funktionieren - für mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Fortschritte
175 beim sozialökologischen Umbau unserer Wirtschaft

176

177 **Das will DIE LINKE:**

- 178 • Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit heute und von ihren Renten morgen anständig leben
179 können. Deshalb wollen wir Leiharbeit und grundlos befristete Arbeitsverträge stoppen und
180 unsichere Beschäftigungsverhältnisse durch tariflich geregelte ersetzen. Jeder Mensch soll für sich
181 und seine Familie Zukunft planen können.
- 182 • Wir brauchen genug bezahlbaren Wohnraum.
- 183 • Kein Kind darf auf dem Bildungsweg verloren gehen. Wir wollen gut ausgestattete,
184 flächendeckende Gemeinschaftsschulen. Und wir wollen, dass in Universitäten, Hoch- und
185 Fachschulen richtig investiert wird.
- 186 • Wir brauchen mehr Personal in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege. Soziale Arbeit muss
187 aufgewertet und besser bezahlt werden.
- 188 • Armutsbekämpfung muss Vorrang in der Landespolitik bekommen. Das heißt: Ausbau der
189 öffentlichen Daseinsvorsorge, also der Kindertagesstätten, der Schulen, der Gesundheitsversorgung
190 und Altenpflege, des öffentlichen Nahverkehrs, der ganzen Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung.
191 Unser gemeinsames öffentliche Eigentum darf nicht weiter privatisiert werden. Die
192 Energieversorgung muss zurück in die öffentliche Hand. Demokratisch kontrollierte Stadtwerke mit
193 regenerativer Energie und sozialen Energiepreisen: Das ist die Konzeption der Linken.
- 194 • Steuergerechtigkeit herstellen und unsere Kommunen finanziell besser ausstatten.
- 195 • Mehr Demokratie, echte Bürgerbeteiligung und die Direktwahl der Landräte.
- 196 • Ein Ende des Milliardengrabs Stuttgart 21.
- 197 Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, die Fahrpreise deutlich senken, die
198 Belastungen durch Feinstaub, Lärm und Verkehrsstaus senken. Wir wollen den dringend nötigen
199 sozialökologischen Umbau vorantreiben.
- 200 • Einen humanen Umgang mit den Flüchtlingen und eine wirkliche Willkommenskultur. Wir
201 bekämpfen jede Form von Rassismus, Rechtsradikalismus und Ausgrenzung.

202

203 **Baden-Württemberg plus sozial! Das geht. Dafür wollen wir in den Landtag und bitten um Ihre**
204 **Unterstützung.**

205

206

207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261

1. Gute Arbeit statt Stress und schlechte Bezahlung

Die grün-rote Regierungskoalition wollte Baden-Württemberg zu einem „Musterland“ für gute Arbeit machen. Vier Jahre später sehen wir: Daraus ist nichts geworden. Ausgerechnet bei den Beschäftigten von Land und Kommunen gibt es mehr Befristungen als in der Privatwirtschaft. Der Niedriglohnsektor ist größer geworden, und die Zahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse ist stark gestiegen. Leiharbeit, Werkverträge, Teilzeit, von der man nicht leben kann, Befristungen und schlechte Löhne: Ein Drittel der neuen Arbeitsverträge ist prekär. Das betrifft besonders Frauen, jüngere Beschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund. Von Mini- und Midijobs kann niemand leben – heute nicht und erst recht nicht in der Rente. Sie werden von den Unternehmen oft eingesetzt, um reguläre Stellen zu ersetzen. Mit diesem „Konkurrenzvorteil“ verdrängen zum Beispiel Ketten im Einzelhandel oder in der Bäckerei immer mehr Familienbetriebe. Werkverträge sind ein Mittel der Arbeitgeber, um besonders in noch gut geregelten Bereichen die Tarife zu unterlaufen - etwa in der Automobilindustrie. Selbst in diesem Kernbereich gewerkschaftlicher Auseinandersetzung und tariflicher Durchsetzungsmacht droht es an den Rändern zu bröckeln. Im letzten Jahr musste die Bundesregierung den Mindestlohn einführen. Auch wir haben dafür jahrelang Druck gemacht. Für viele Menschen hat sich dadurch etwas verbessert. Aber: 8,50 Euro sind zu wenig! Alles unter 9,53 Euro ist Niedriglohn. Ein Alter mit Armutsrente ist damit vorprogrammiert. Die Arbeitgeber machen weiter Druck: Sie fordern Ausnahmen vom Mindestlohn für besonders prekäre Branchen, für Langzeitarbeitslose, für Junge, für Flüchtlinge.

Das ist das wahre Gesicht des „Jobwunders“ in Baden-Württemberg. Die schlechten Arbeitsverhältnisse haben Folgen:

- Eine Lebens- und Familienplanung ist kaum möglich.
- Stress und Erschöpfung bei der Arbeit nehmen zu. Immer mehr Menschen werden vorzeitig erwerbsunfähig, weil sie den Druck nicht mehr aushalten.
- Immer noch müssen viele Menschen ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken.
- Immer mehr Menschen geraten in Armut, besonders Kinder.

Und es trifft die Menschen doppelt hart: Im reichen Baden-Württemberg sind die Lebenshaltungskosten besonders hoch. Die Landesregierung aber hat nur eines im Blick: die Arbeitgeber. DIE LINKE wird im nächsten Landtag Druck machen, damit gute Arbeit gestärkt wird. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Wir kämpfen für ein neues Normalarbeitsverhältnis: für gute Arbeit, von der man leben kann und die eine auskömmliche Rente garantiert. Bei der die Beschäftigten im Betrieb möglichst viel mitbestimmen können. Für Arbeit, die nicht krank macht. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorbild wird. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Es wird höchste Zeit für eine Kehrtwende am Arbeitsmarkt.

- Wir werden im Landtag Druck machen, dass sich Baden-Württemberg für einen Mindestlohn einsetzt, der für alle ohne Ausnahme gilt und über der Niedriglohngrenze liegt: mindestens 10 Euro pro Stunde. Dieser Betrag muss mit den Lebenshaltungskosten steigen. Gerade im teuren Baden-Württemberg brauchen wir perspektivisch einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.
- Wir wollen Leiharbeit verbieten. Als Sofortmaßnahme muss im Zeitarbeitsgesetz festgelegt werden, dass der gleiche Lohn plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent zu zahlen ist. So wird Leiharbeit kein Instrument des Lohndumpings. Alle Arbeitsverhältnisse, auch Mini- und Midijobs, müssen von der ersten Stunde an unter die Sozialversicherungspflicht fallen.
- Baden-Württemberg kann voran gehen: Öffentliche Aufträge und Förderungen müssen an strenge Auflagen geknüpft sein. Es müssen die Branchentarifverträge eingehalten und ein Mindestlohn von mindestens 10 Euro bezahlt werden. Vergabe und Förderung im Land müssen sich noch stärker an beschäftigungs-, sozial- und umweltpolitischen Zielen ausrichten.
- Auch als Arbeitgeber muss das Land Baden-Württemberg Vorbild sein und auf freiwilliger Basis Beschäftigte in sozialen Berufen höher eingruppiieren. Die Arbeit mit Menschen muss dringend aufgewertet werden.

- 262 • In öffentlichen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen müssen Leiharbeit und Befristung ohne
263 sachlichen Grund (etwa einer Elternzeitvertretung) ausgeschlossen werden.
264 • Das Tariftreuegesetz muss um soziale Kriterien wie gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige
265 Arbeit ergänzt werden.
266 • Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge muss der Schwellenwert von 20.000 Euro abgeschafft
267 werden. Jeder öffentliche Auftrag muss unter das Tariftreuegesetz fallen.
268 • Wir wollen mehr betriebliche Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz verankern.
269 • Wir wollen flächendeckende und gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote, um allen eine
270 Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen.
271

272 Viele sozialpolitische Fragen werden auf der Bundesebene entschieden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass
273 Baden-Württemberg im Bundesrat entsprechende Gesetze einbringt oder unterstützt.
274

275 Etwa bei der Rentenversicherung: Die Beiträge, die eingezahlt werden, sind zunehmend weniger „wert“:
276 Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre soll das Leistungsniveau der gesetzlichen
277 Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 Prozent. Eine Rente von ehemals 1000 Euro ist dann nur noch
278 800 Euro wert. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundsicherung beantragen oder trotz ihres
279 verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.
280

- 281 • Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit
282 der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen.
283 • Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der
284 Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie
285 nicht zu Armutsrenten führen.
286 • Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch von Selbstständigen,
287 Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern.
288 • Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die
289 gesetzliche Rente zu übertragen.
290

291 **2. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit: Für ein Land ohne Armut und Existenzangst**

292

293 **Menschenwürde geht vor: Zehn Jahre Hartz IV sind genug! Erwerbslosigkeit bekämpfen und Sanktionen abschaffen**

294 In Baden-Württemberg sind offiziell fast 4 Prozent der Menschen erwerbslos. Bei Menschen mit
295 Migrationshintergrund sind es 8,8 Prozent. Fast 40 Prozent aller Erwerbslosen sind älter als 50 Jahre. Fast ein
296 Drittel aller Erwerbslosen ist länger als ein Jahr erwerbslos. Auch hier sind Ältere besonders betroffen.
297 DIE LINKE setzt sich für einen aktiven Kampf gegen Erwerbslosigkeit ein. Bei den ständig unterbesetzten
298 öffentlichen Dienstleistungen, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung,
299 müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
300 aufbauen. Und wir wollen die Standards der Arbeit verbessern: Weniger Arbeitsverdichtung und Überstunden
301 schaffen ebenfalls neue Stellen.
302

303 Erwerbslosigkeit gehört zu unserem Wirtschaftssystem und unserer Gesellschaft. Das Hartz-IV-System
304 versucht, die Verantwortung für die Erwerbslosigkeit den Betroffenen zuzuschieben – gerade so, als würden
305 eine „erweiterte Zumutbarkeit“ und „Fordern und Fördern“ die strukturelle Erwerbslosigkeit beseitigen. Die
306 Zahlen sagen anderes: Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich seit der Einführung der Agenda 2010 verfestigt.
307 Die Mehrzahl der Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher lebt in Armut. Hartz IV ist Armut per Gesetz.
308 Hartz IV bedeutet für einen erwachsenen Menschen 399 Euro im Monat plus (beschränkter) Miete und
309 Heizkosten.
310

311 Sich im Land zu bewegen, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen wie Museen, Schwimmbänder oder
312 Zoo aufzubringen, sind nicht drin. Am gesellschaftlichen Leben kann von diesem Geld kein Mensch
313 teilnehmen. Die Betroffenen fühlen sich an den Rand gedrängt, unter Druck gesetzt und werden durch die
314 lange Erwerbslosigkeit auch öfter psychisch krank. Um die Menschen wieder an der Gesellschaft teilhaben zu
315 lassen, sind gezielte Qualifizierungsmaßnahmen und vielfach eine bessere Betreuung durch die Jobcenter
316 nötig - auch in Form von therapeutischer Begleitung und unabhängiger Rechtsberatung.

317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370

DIE LINKE fordert:

- Wir setzen uns auf der Bundesebene für eine echte Erwerbslosigkeitsversicherung ein, die den Lebensstandard annähernd sichert und einen Absturz in die Armut verhindert. Wir wollen den öffentlichen Beschäftigungssektor stärken.
- Eine armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung, die gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Hartz IV tut das nicht und muss daher abgeschafft werden.
- Die „Agenturen für Arbeit“ und Kreisjobcenter müssen personell besser ausgestattet werden.
- eine umfangreiche Bildungsinitiative für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV
- unabhängige Beschwerdestellen.
- Das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ zur Unterstützung von Arbeitslosen-Beratungszentren muss fortgeführt und ausgeweitet werden, um eine sanktionsfreie Sozialberatung zu gewährleisten.
- Ein-Euro-Jobs und „Bürgerarbeit“ in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Dazu müssen die Mittel der Gemeinden, der Bundesagentur für Arbeit und des Europäischen Sozialfonds für ALG II-Beziehende und für die Arbeitsförderung gebündelt werden. Ein-Euro-Jobs müssen zu sozialversicherungspflichtigen Stellen mit Mindest- und Tariflöhnen werden. Kommunen und Landkreise erhalten dafür Zuschüsse vom Land.
- Stromsperren und das Abschalten von Heizung und Wasser wollen wir ausschließen. Es muss Schluss sein mit Zwangsumzügen.
- Investition von einer Milliarde Euro jährlich, um damit über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, etwa in Kitas, in Schulen, Gesundheit und Pflege.

Es kostet Geld, Menschen vor Armut zu schützen, Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und ein Sozialticket einzuführen. DIE LINKE setzt sich für eine Vermögensteuer ein. Die Einnahmen stehen den Bundesländern zu.

Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Armut und Kinderarmut bekämpfen

15 Prozent der Familien in Baden-Württemberg sind von Armut bedroht und 18 Prozent der Kinder. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Familien mit Kindern und Familien mit Migrationshintergrund. 26 Prozent der Familien mit drei oder mehr Kindern, 54 Prozent der Erwerbslosen, 17,5 Prozent der Rentnerinnen und Rentner und 34 Prozent der Alleinerziehenden.

Es gibt arbeitende Menschen, die so wenig verdienen, dass sie ergänzende Leistungen beim Jobcenter beantragen müssen. Rentnerinnen und Rentner bessern die Grundsicherung mit Flaschensammeln auf und können oft ihre Pflege nicht bezahlen. Menschen mit geringem Einkommen sterben früher. Menschen verstecken verschämt ihre Armut, denn die Landes- und die Bundesregierung vermitteln immer wieder, dass Armut selbstverschuldet sei.

Tatsächlich aber hat hier die Politik versagt. Die Erwerbslosigkeit ist nicht von der Konjunktur abhängig. Sie hat sich verfestigt und könnte nur sinken, wenn Arbeit umverteilt würde - von den gestressten und überarbeiteten Beschäftigten auf der einen und den Unterbeschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit oder in Minijobs auf der anderen Seite. Wenn die öffentlichen und sozialen Aufgaben mit ausreichend Personal ausgestattet würden. Stattdessen wird eine wirksame Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verhindert. Strukturen, die Armut verfestigen, werden nicht aufgebrochen. Sie werden von Ehrenamtlichen durch Mildtätigkeit, Tafeln und Kleiderkammern mehr schlecht als recht aufgefangen. Sie sind Folge der verfehlten Sozialpolitik von CDU, SPD, FDP und Grünen. Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Häufig werden die Gemeinden mit der Aufgabe allein gelassen, die wachsende Armut auszugleichen. Die Landesregierung darf die zivilgesellschaftlichen Akteure nicht allein lassen.

DIE LINKE fordert ein **Landesprogramm gegen Armut und Kinderarmut**. Es soll Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen umfassen, ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr für ganz Baden-Württemberg, wirkliche Bildungs- und Teilhabepakete, kostenfreies und hochwertiges Essen in Kitas und Schulen und freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Museen, Theatern, Schwimmbädern und Sportangeboten.

371 Menschen mit geringem Einkommen sind oft vom Nahverkehr und Reisen ausgeschlossen. Das spüren sie vor
372 allem in den ländlichen Gebieten mit schlechter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Wir setzen uns
373 dafür ein, dass ein Sozialticket nicht mehr kosten darf, als im Regelsatz von ALG-II für Mobilität vorgesehen
374 ist. Die grün-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag versprochen, sich für die Einführung eines
375 landesweiten Sozialtickets einzusetzen. Das ist nicht geschehen. Wo immer wir Sozialtickets in Baden-
376 Württemberg haben, hat DIE LINKE den Anstoß gegeben und die Ausarbeitung vorangetrieben. Wir wollen
377 uns im nächsten Landtag dafür einsetzen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg ein Sozialticket nutzen
378 können.

379
380 Für eine gerechte Sozialordnung muss die soziale Lage ausreichend dokumentiert werden. Aus diesem Grund
381 setzen wir uns für einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht ein. Er soll jährlich erscheinen. Wir
382 setzen uns dafür ein, dass aus den Berichten auch Konsequenzen gezogen werden!

383 384 **3. Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen**

385
386 Zum „Wohl der Allgemeinheit“ zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was als Allgemeinwohl
387 verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und Ergebnis der demokratischen
388 Diskussion, von sozialen Konflikten und Kämpfen. Wer verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum? Wer
389 bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert wird? Und wem steht das Produzierte zur
390 Verfügung? Diese Fragen betreffen den Kern der Demokratie.

391
392 Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge muss von Anstrengungen
393 begleitet sein, den Staat zu demokratisieren. Es muss mehr Partizipation und Transparenz geben.
394 Partizipation heißt nicht, nur mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können.
395 Auf allen politischen Ebenen, vor allem in der Kommune, sollten Menschen auch in Fragen der Finanzen, des
396 Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Gestaltung der Verwaltung
397 unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis
398 hin zu regionalen Räten für eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen
399 gleichermaßen umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach unserer Auffassung in einem
400 öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt
401 allen zugute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Ohne leistungsfähiges öffentliches
402 Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches
403 Eigentum - kann eine Demokratie nicht funktionieren.

- 404
- 405 • DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen
406 mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können; sie müssen an
407 Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein.
 - 408 • Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und Verträge,
409 die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die Mitbestimmungsrechte der
410 Beschäftigten müssen ausgeweitet werden. Leiharbeit, Privatisierungen oder Dienst- und
411 Werkverträge untergraben grundlegende Rechte der Beschäftigten und deren Mitbestimmung. Um
412 diese Beschäftigten zu schützen, müssen nicht nur solche Arbeitsformen bekämpft werden: DIE LINKE
413 tritt dafür ein, dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für eine
414 Dienststelle tätig sind.

415
416 In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft: Wohnungen,
417 Krankenhäuser, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser, Krankenhäuser und
418 Pflegeeinrichtungen. Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht alles besser. Nachweisbar ist das
419 Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen, Bürger und Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und
420 teuer bezahlen. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für private Vorsorge,
421 Arztbesuche, Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig: Wer
422 zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen sich ab und haben
423 schon längst ihre eigene Welt gegründet.

424 Die Regierung verweist auf die Staatsschulden. Angeblich könnten „wir“ uns das Öffentliche nicht mehr
425 leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Wir stellen dagegen

426 fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überlassen.
427 Denn: Wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen
428 im Vordergrund, sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen für eine gerechte
429 Gesellschaft werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

430

- 431 • Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen
- 432 Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- 433 • Alle müssen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon, wo sie
- 434 wohnen.
- 435 • Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und barrierefrei
- 436 sein.
- 437 • Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

438

439 Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie beispielsweise in
440 Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen Privatisierungen wächst. Auch die
441 Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen der Privatisierung zu kämpfen. Die Finanzkrise
442 offenbart schonungslos, wie risikoreich grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder
443 undurchsichtige Zinsgeschäfte sind. Diese finanziellen Bruchlandungen werden ebenso wie die teurer
444 werdenden Kredite die Kommunalhaushalte auf Jahre hinaus erheblich belasten. Etliche Privatisierungen sind
445 rückgängig gemacht und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert
446 worden. Nicht selten haben dabei Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.
447 DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keiner Regierung
448 beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.

449

- 450 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle
- 451 Public-Private-Partnership-Projekte. Es muss wieder Regel werden: Öffentliche Einrichtungen werden
- 452 in öffentlicher Verantwortung betrieben.
- 453 • Volksentscheide zu Privatisierungen sind in der Vergangenheit zu Gunsten des öffentlichen
- 454 Eigentums ausgegangen. Wir wollen, dass Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge
- 455 unverkäuflich sind. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen
- 456 und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden.
- 457 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen die
- 458 elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur,
- 459 Energie, Wasser, Öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr, Zugang zum Internet und
- 460 Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren.
- 461 • Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-kommerzielle
- 462 Trägerschaften überführen.
- 463 • Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf
- 464 orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein Personal mehr abgebaut. Verwaltungen werden
- 465 entsprechend dort umgebaut, wo der Bedarf sich geändert hat.
- 466 • Der öffentliche Dienst ist Vorbild bei der Ausbildung. Der Anteil von Beschäftigten mit
- 467 Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die
- 468 Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.
- 469 • Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen
- 470 Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, also an Entscheidungen in den Einrichtungen und
- 471 Unternehmen direkt beteiligt werden.

472

473 Wenn öffentliches Eigentum privatisiert wird, gehen Transparenz, öffentliche Einflussmöglichkeiten und
474 öffentliche Kontrolle verloren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden - das gilt in der
475 Kommune, im Land und im Bund. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer
476 Mehrheiten auch gegen wirtschaftliche Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen die Ziele des
477 Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen von den Parlamenten vorgegeben werden. Deshalb
478 treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

479

480 **3.1. Wir wollen Wohnen bezahlbar machen!**

481

482 Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen. Die Mietpreise in Baden-
483 Württemberg liegen rund 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und steigen weiter. Über die Hälfte der
484 30 teuersten Städte liegt in Baden-Württemberg. Fast die Hälfte des Einkommens wird in den Städten für die
485 Miete ausgegeben. Zudem steigen die Preise für Strom, Heizung und Abfallgebühren – während Löhne,
486 Renten und Sozialleistungen stagnieren oder sinken. In der Folge verändern sich Wohnquartiere, Menschen
487 mit wenig Geld werden aus den Zentren verdrängt. Wohnraum wird zum Spekulationsobjekt. Investoren
488 hoffen auf ein Schnäppchen und Renditen, die auf den Finanzmärkten nicht zu bekommen sind.

489

490 Besonders schwierig wird die Situation für Menschen mit geringen Einkommen und in befristeten
491 Arbeitsverhältnissen, für junge Menschen in Studium und Ausbildung, für Alleinerziehende, Familien mit
492 Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Mangel ist politisch zu verantworten und ein
493 Versagen der Landespolitik. Er verunsichert Menschen in ihren engsten Lebensbereichen und schürt
494 Existenzangst.

495

496 Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen werden. Bezahlbaren
497 Wohnraum zu erhalten und zu bauen, muss zentrale Aufgabe der Landespolitik sein – die Landesregierung hat
498 das bisher nicht verstanden. Stattdessen hat die Landesregierung 21.500 genossenschaftliche Wohnungen
499 der LBBW verkauft und die Spekulation mit Immobilien vorangetrieben. Von den versprochenen 50.000
500 Wohnungen ist nicht einmal die Hälfte gebaut worden.

501

502 In jedem Jahr gehen landesweit rund 5000 Sozialwohnungen verloren. Das hat gravierende Auswirkungen. Es
503 treibt die Mieten insgesamt in die Höhe, und es belastet die öffentlichen Kassen: Menschen, die von
504 Leistungen des SGB II (Sozialgesetzbuch II) leben, ist es kaum möglich, eine Wohnung im Rahmen der so
505 genannten angemessenen Kosten der Unterkunft zu finden. Die Mieten werden dann vom Jobcenter oft nicht
506 vollständig übernommen. Die Betroffenen müssen die Differenz vom erhaltenen Regelsatz begleichen.
507 Dadurch fällt ihr Lebensunterhalt unter das gesetzlich garantierte Existenzminimum.

507

508 Schon unter der CDU-Landesregierung wurde der soziale Wohnungsbau faktisch eingestellt. Und auch Grüne
509 und SPD haben den Trend nicht geändert. Sie „förderten“ günstige Kredite, die aber keine Wirkung zeigten.
510 Obwohl eine stetig zunehmende Nachfrage nach preiswerten Mietwohnungen besteht, wurde die
511 Förderpolitik nicht korrigiert.

512

513 DIE LINKE wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass wieder direkt in den öffentlichen Bau von preiswertem
514 Wohnraum investiert wird, vor allem in Innenstädten und in Innenstadtnähe. Lebenswerte Städte brauchen
515 soziale Vielfalt. Dem dienen Quartiersarbeit, Wohnprojekte und Mehr-Generationenwohnen, Stadtteil- und
516 Jugendzentren, Grünflächen und Spielplätze. Soziale Treffpunkte im öffentlichen Raum dürfen nicht den
517 Verdichtungsprozessen zum Opfer fallen.

517

518 **Für einen sozialen Wohnungsbaupakt zwischen Land und Kommunen!**

519

520 Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Bund, Land und Kommunen
521 müssen ihre Einflussmöglichkeiten und ihre Förderung besser aufeinander abstimmen, um diesem
522 wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge gerecht zu werden.

522

- 523 • Auf Landesebene sollen Kommunen beraten und unterstützt werden, um Fördermittel abrufen und
524 Zweckentfremdung und Umwandlung in Eigentum verhindern zu können. Das senkt die Mietpreise.
525 Unbegründeter Leerstand soll verhindert werden. Dadurch könnten zehntausende Wohnungen
526 wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden.
- 527 • Die Wohnungssituation kann sich aber nur durch bedarfsgerechten Neubau entspannen,
528 besonders im preiswerten Segment. Die Fördermittel des Landes müssen erhöht und auf günstige
529 Mietwohnungen ausgerichtet werden. Wenn Fördermittel des Landes nicht ausgeschöpft werden,
530 sollen sie in den Bau von Mietwohnungen gehen: Wir wollen 10.000 neue Sozialwohnungen im Jahr.
- 531 • Wir fordern ein zusätzliches Landesförderprogramm für kommunale Wohnungsbaugesellschaften,
532 damit öffentliche Investitionen auch nachhaltig in öffentlicher Hand bleiben und dauerhaft günstige
533 Mietpreise garantiert werden können. Außerdem wollen wir kommunale und genossenschaftliche

- 534 Wohnbaugesellschaften steuerlich entlasten. Wir wollen eine landeseigene Wohnbaugesellschaft, die
535 sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit verbindlich sozialem Auftrag beteiligt.
- 536 • Wenn öffentliches Bauland vergeben wird, muss es an eine Garantie für dauerhaft günstige Mieten
537 gekoppelt werden. Das Land soll seine Liegenschaften überprüfen, den Kommunen aktiv Bauland
538 zum Wohnungsbau anbieten und zur langfristigen Planung zur Verfügung stellen. Neue Wohnungen
539 müssen barrierefrei und energieeffizient sein.
 - 540 • Wir wollen die Modernisierungsförderung mit einer Mietpreisbindung koppeln. Öffentlich
541 geförderte Sanierung darf nicht zu belastenden Mietsteigerungen führen.
 - 542 • Wir setzen uns für ein Landesgesetz zur Wohnungsaufsicht ein. Es soll verhindern, dass Wohnraum
543 überbelegt wird, verwahrlost und nicht instandgehalten wird. Zudem wollen wir die Mitbestimmung
544 der Mieterinnen und Mieter stärken, zum Beispiel durch Mieterbeiräte.

545

546 Die Rechtsverordnung zur Absenkung der Kappungsgrenze muss überarbeitet werden. Dabei sollten
547 zusätzliche Kriterien - etwa die Entwicklung der Bestands- und Angebotsmieten in den letzten Jahren, der
548 Anteil der Sozialwohnungen am Wohnungsbestand und die Entwicklung der kommunalen Notfallkarteien -
549 berücksichtigt werden.

550 Städte und Kommunen müssen wieder mehr Bauland ausweisen und Bebauungs-Quoten festsetzen, die
551 gefördertem Mietwohnungsneubau Vorrang geben. Gewerbegebiete, vor allem mit Dienstleistungsbetrieben,
552 sollen durch eine effiziente Nutzung der Flächen und mehrstöckige Bebauung auch für den Wohnbau
553 erschlossen werden.

554

555 **DIE LINKE fordert:**

- 556 • direkte Investitionen des Landes in den Sozialen Wohnungsbau.
- 557 • keine Privatisierung von Wohnungen in öffentlichem Eigentum.
- 558 • Grundstücke öffentlicher Eigentümer dürfen nur in Erbpacht und bevorzugt an dem Gemeinwohl
559 verpflichtete Wohnungsunternehmen vergeben werden.
- 560 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen Höchstmieten festlegen können.
- 561 • Unterstützung der Kommunen, um preiswerten Wohnraum zu sichern und Leerstand zu
562 verhindern
- 563 • Die Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von 10.000
564 Sozialwohnungen im Jahr müssen mindesten auf jährlich 250 Millionen Euro erhöht werden.
- 565 • Landesförderprogramm für kommunale Wohnbaugesellschaften.
- 566 • Bessere Förderung für Baugenossenschaften, die dauerhaft günstige Mieten garantieren.
- 567 • Wohnbauunternehmen, die Kostenmieten unterhalb der Marktmieten verlangen, sollen wieder als
568 gemeinnützig gelten.
- 569 • Wieder eine echte Kostenmiete bei Sozialwohnungen.
- 570 • Eine landeseigene Wohnbaugesellschaft.
- 571 • Mehr barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.
- 572 • Einen besseren ÖPNV im Umfeld städtischer Zentren, um sie als Wohnort attraktiver zu machen.
- 573 • Die Modernisierungsförderung an eine Mietpreisbindung zu koppeln, um Mietsteigerungen zu
574 verhindern.
- 575 • Ein Landesgesetz zur Wohnungsaufsicht, um Mieterrechte zu schützen.

576

577 **3.2. Für ein solidarisches Gesundheitssystem. Gesundheit ist keine Ware.**

578 Unser Gesundheitssystem orientiert sich nicht am Bedarf, sondern funktioniert nach einem
579 marktwirtschaftlichen Preissystem (Fallpauschalen - DRGs). Das hat verheerende Auswirkungen auf die
580 Gesundheitsversorgung: Statt die beste Qualität zu fördern, geht es darum, Profite zu machen;
581 Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen werden privatisiert. "Was sich nicht rechnet, wird nicht
582 gemacht." Das grenzt „unrentable“ Patienten, Alte, chronisch Kranke, Arme und Behinderte aus. Und es führt
583 zu einer rücksichtslosen Ausbeutung aller, die in Krankenhäusern, Polikliniken, Arztpraxen oder
584 Pflegeeinrichtungen arbeiten. Folge ist eine zunehmende Unterversorgung von Patientinnen und Patienten.
585 Bei profitablen Leistungen kommt es zur Über- und Fehlversorgung. Gelder der Krankenkassen werden
586 verschwendet und Patientinnen und Patienten gefährdet. Der Dumpingwettbewerb um möglichst niedrige

587 Kosten führt zu Personalabbau und Überlastung. Die Löhne der Beschäftigten werden gedrückt, statt – wie
588 seit Jahren überfällig - soziale Berufe aufzuwerten.
589 Wir sagen: Gesundheit ist Menschenrecht. Sie zu schützen, wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern ist
590 eine öffentliche Aufgabe. Niemand darf auf Grund seiner sozialen Herkunft, seines Einkommens, Vermögens
591 oder sonstiger sozialer oder persönlicher Merkmale von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen werden. Die
592 Kosten hierfür dürfen nicht immer weiter auf die Menschen abgewälzt werden.

593
594 DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass das Land im Bundesrat darauf drängt,
595

- 596 • zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung zurückzukehren, in die Beschäftigte und
597 Arbeitgeber zu gleichen Anteilen einzahlen.
- 598 • die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Solidarischen Gesundheitsversicherung
599 weiterzuentwickeln, in die alle nach ihrem Einkommen einzahlen und alle Einkommensquellen
600 einbezogen werden.
- 601 • Die Betriebskosten von Krankenhäusern sollen am Bedarf orientiert finanziert werden. Die Kliniken
602 müssen mit genügend Personal ausgestattet werden. Krankenhäuser sollen keine Gewinne machen
603 dürfen.
- 604 • Eine gesetzliche Personalbemessung für Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime und ihre
605 Finanzierung außerhalb der Fallpauschalen.
- 606 • soziale Berufe und besonders die Pflegeberufe aufzuwerten.
- 607 • Die Preise für Arzneimittel und medizinische Geräte strikt zu regulieren, vor allem die meist stark
608 überhöhten Preise bei neu entwickelten und vor kurzem zugelassenen Arzneimittel zu senken.
609

610 **Stationäre Versorgung und Krankenhäuser**

611 Die stationäre Versorgung in Krankenhäusern ist permanent unterfinanziert. Das muss geändert werden. Die
612 wirklichen Kosten und die absehbaren Kostensteigerungen müssen in voller Höhe und zeitnah in die
613 Fallpauschalen eingerechnet werden. Die Steigerung von Personalkosten durch tarifliche Lohnerhöhungen
614 und das Einhalten der Fachpersonalquote muss voll ausgeglichen werden. Krankenhäuser ohne Tarifbindung
615 erhalten diesen Ausgleich nicht.

616 Wir wollen alle Versuche abwehren, durch selektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern
617 beziehungsweise Krankenhausketten die Konkurrenz der Krankenhäuser untereinander noch mehr zu
618 verschärfen (Einkaufsmodell). Dies würde die marktwirtschaftliche Steuerung mit all ihren negativen
619 Auswirkungen weiter befördern. Für eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist die duale
620 Finanzierung - die Krankenkassen tragen die laufenden Kosten, die Bundesländer die Investitionen -
621 unabdingbar. DIE LINKE lehnt es ab, Krankenhausinvestitionen in die Fallpauschalen einzurechnen. Wir
622 wollen die Krankenhausbedarfspläne des Landes, die den Ausschlag für Investitionen geben, stärken. Wir
623 wollen gesundheitspolitische Beiräte aus Vertreterinnen und Vertretern der Regionen, der Patientinnen und
624 Patienten, der Beschäftigten, der Kassen und der Leistungserbringer bilden, die den Bedarf feststellen.
625 Das Land Baden-Württemberg kommt seit Jahren seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, die
626 Investitionen der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren. Ein Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro hat
627 sich herausgebildet. Die fehlenden Mittel werden zum Teil von den Kommunen übernommen oder aus
628 Mitteln für den laufenden Betrieb aufgebracht. So werden letztlich Krankenhausbauten durch den Wegfall
629 von Personal bezahlt. Weil die Investitionen nicht ausreichen, werden öffentliche Krankenhäuser an
630 finanzstarke Klinikketten verkauft. Die Grün-Rote Landesregierung hatte zwar im Koalitionsvertrag
631 versprochen, dass die Investitionskostenzuschüsse bis zum Ende der Legislaturperiode auf das notwendige
632 Maß von 600 Millionen Euro pro Jahr angehoben werden. Allerdings fehlen hierzu immer noch 150 Millionen
633 Euro pro Jahr. Das geht weiter zu Lasten von Beschäftigten und Patientinnen und Patienten.
634

635 **DIE LINKE fordert:**

- 636 • Das Land Baden-Württemberg muss seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen: Es muss die
637 notwendigen Investitionen der baden-württembergischen Krankenhäuser (einschließlich der
638 Universitätskliniken) so finanzieren, dass zusätzliche Belastungen für die Kommunen und
639 Krankenhäuser unterbleiben. Das Fördervolumen muss auf 660 Millionen Euro erhöht werden.

- 640
- 641
- 642
- 643
- 644
- 645
- 646
- 647
- 648
- 649
- 650
- 651
- Zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern müssen finanziert werden. Nach Berechnungen von ver.di fehlen derzeit zirka 20.000 Stellen in baden-württembergischen Krankenhäusern über alle Berufsgruppen hinweg.
 - Wir lehnen den Verkauf von öffentlichen Krankenhäusern an private Klinikbetreiber ab. Öffentliche Krankenhäuser müssen durch Kooperationen und Spezialisierungen am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden. Dabei darf die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung nicht gefährdet werden. Private Kliniken müssen in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.
 - Die neun Zentren für Psychiatrie und die vier Universitätskliniken müssen als Anstalten des Öffentlichen Rechts erhalten werden und dürfen nicht in private Trägerschaft überführt werden.
 - Wir wollen keine Pflegekammer, da sie für die Pflegebeschäftigten Zwangsbeiträge und Sanktionen bringt, aber keine Änderungen der Verhältnisse, unter denen die Pflegekräfte arbeiten müssen.

652 Wir unterstützt daher die politischen und betrieblichen Kämpfe der Krankenhausbeschäftigten und ihrer
653 Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Versorgung der Patientinnen und
654 Patienten.

655 **Ambulante Versorgung**

656 Die ambulante Gesundheitsversorgung muss dem Bedarf besser gerecht werden. Die doppelte
657 Facharztstruktur im ambulanten und stationären Bereich ist ein besonderer Kostentreiber im deutschen
658 Gesundheitswesen. Sektorengrenzen zwischen ambulant und stationär erschweren eine gute Versorgung der
659 Patienten. Hinzu kommt der zunehmende Mangel an niedergelassenen Ärzten.

660 **DIE LINKE fordert:**

- 661
- 662
- 663
- 664
- 665
- 666
- 667
- 668
- 669
- 670
- 671
- 672
- 673
- 674
- 675
- 676
- 677
- 678
- 679
- 680
- 681
- 682
- 683
- 684
- 685
- 686
- 687
- die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufzuheben und den Krankenhäusern zu erlauben, eine Ambulanz oder Poliklinik zu führen.
 - Auch in dünner besiedelten Regionen von Baden-Württemberg muss das Netz von Rettungsdiensten und Notarztsitzen enger werden, um schnellere Einsatzzeiten zu ermöglichen und die steigende Zahl von Einsätzen auszugleichen. Notärzte müssen vom Land fest angestellt werden.
 - Der allgemeine ärztliche Notdienst (nachts und an Wochenenden) muss reformiert werden: Nicht nur wie bisher in den wenigen Großstädten, sondern in allen Kreisstädten brauchen wir leistungsfähige Notfallambulanzen als Teil der jeweiligen Krankenhäuser, in denen oder über die jederzeit alle für die Notfallversorgung wichtigen Fachrichtungen erreichbar sind.
 - Die Notfallambulanzen in den Kliniken müssen kostendeckend finanziert werden.
 - Wir wollen die Gesundheitsprävention deutlich ausbauen. Auch ohne ein bundesweites Präventionsgesetz kann in Baden- Württemberg viel getan werden.
 - Gebührenfreie Prävention.
 - den betrieblichen Gesundheitsschutzes auch in Mittel- und Kleinbetrieben zu fördern.
 - Erkennung und Abbau physischer und psychischer Belastungsfaktoren durch mehr Analysen von Arbeitsplätzen und Ausbau des betriebsärztlichen Dienstes.
 - gesundheitsbewusstes Verhalten durch geschlechter- und altersspezifische Angebote (Ernährung, Bewegung, Sport) zu fördern.
 - zu fördern, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen Leistungen der Gesundheitsvorsorge in Anspruch nehmen.
 - eine geschlechtsspezifische Gesundheitsvorsorge und –forschung auszubauen.
 - Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) wieder so aufbauen, dass er seine Aufgaben bei der allgemeinen Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und im Impfwesen, beim Gesundheitsunterricht und im schulärztlichen Dienst wieder erfüllen kann.

688 **3.3. Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte**

- 689
- 690
- 691
- 692
- 693
- Die Leistungen der Pflegeabsicherung müssen so gestaltet werden, dass allen Menschen ermöglicht wird, selbstbestimmt zu leben und den Alltag kompetent zu meistern.
 - Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode umfassen, nach der die Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt werden kann. Menschen mit Demenzerkrankungen müssen endlich angemessen in die Pflegeversicherung einbezogen werden.

694

695 DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen
696 Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an
697 den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und finanzieren. Mit dem
698 Teilkasko-Prinzip muss Schluss sein: Eine sozial gerechte Pflegeversicherung muss perspektivisch alle nötigen
699 Leistungen übernehmen.

700 Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter – übernehmen
701 Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild und die Erwerbsbiographien von Frauen ändern
702 sich – und das ist gut so. Auch wollen pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen
703 gepflegt werden. Eine selbstbestimmte Entscheidung über die Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht
704 möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

705

- 706 • DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist,
707 selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder
708 Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien
709 Wohnraums ist dafür unerlässlich.
- 710 • Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche
711 neue Pflegepolitik gelingt, muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben
712 werden. Das bietet den Betroffenen die Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.

713

714 Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der Alltag von
715 Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung geprägt. Darunter
716 leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden Menschen sowie deren Angehörige. Pflege
717 ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden
718 muss.

719

- 720 • Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen Spielraum,
721 Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen in reguläre und tariflich
722 bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Um Lohndumping in der Pflege zu verhindern, braucht
723 man als unterste Grenze einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro.
- 724 • Um die gleichberechtigte Teilhabe der Betroffenen in der Mitte unserer Gesellschaft zu sichern,
725 müssen kommunale Hilfsstrukturen wie Pflegestützpunkte und Wohnberatung ausgebaut werden.

726

727

728

4. Bildung geht sozial – Fördern statt Ausgrenzen

729

730 Baden-Württemberg ist bundesweit Schlusslicht bei der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen. Die
731 Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich nimmt auch hier zu. Der Anteil von Arbeiterkindern an den
732 Studierenden ist nicht gestiegen. Die Landesregierung hatte versprochen, das zu ändern. Aber die Reformen
733 sind halbherzig und schlecht gemacht. Sie haben die Schullandschaft weiter zersplittert, werden auf dem
734 Rücken der Lehrkräfte umgesetzt und rufen so Ablehnung hervor, während bei den Schülerinnen und
735 Schülern Stress und Leistungsdruck weiter zunehmen.

736 Nur Die LINKE setzt sich dafür ein, dass auch die Kinder von Arbeiterinnen und Arbeitern und
737 Alleinerziehenden bessere Chancen bekommen. Sie steht für ein Bildungssystem, das alle Menschen
738 unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Religionszugehörigkeit oder körperlicher und geistiger
739 Leistungsfähigkeit einbezieht und individuell fördert. Ein solches Bildungssystem muss in allen Bereichen
740 gebührenfrei sein und Menschen mit geringen Einkommen besonders unterstützen.

741 Bildung ist für DIE LINKE eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des
742 Lebens sowie für ein verantwortliches, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft.

743

4.1. Klasse Kita für unsere Kinder!

744 Die öffentlichen Kindertagesstätten müssen auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sein und soziale
745 Benachteiligungen ausgleichen. Dafür brauchen sie die nötigen Ressourcen. Gerade in Baden-Württemberg
746 bedeuten Kinder ein erhöhtes Armutsrisiko. Besonders Alleinerziehende brauchen sichere Betreuungsplätze
747

748 und Betreuungszeiten, die auch der Verkäuferin, dem Krankenpfleger oder der Schichtarbeiterin
749 Erwerbstätigkeit ermöglichen und gleichzeitig gute Arbeit für die Erzieherinnen und Erzieher sichert.

750

- 751 • Wer Hunger hat, lernt nicht gut: Wir wollen in allen Kindertagesstätten ein kostenfreies,
752 hochwertiges Mittagessen garantieren.

753

754 Wir treten für eine inklusive Bildung und Kinderbetreuung ein. Alle Kinder mit und ohne Behinderung, mit
755 ihren Stärken und Schwächen müssen gefördert werden.

756

757 **Gute Arbeitsbedingungen in der Kindertagesbetreuung**

758 Wir fordern eine gute Bezahlung in allen Kindertagesstätten. DIE LINKE lehnt es daher ab,
759 Qualifikationsstandards zu senken. Alle Träger sollen von der Landesregierung finanziell so ausgestattet
760 werden, dass sie in der Lage sind, gute Arbeit gut zu bezahlen.

761 Jahrzehntlang hätte es ohne ehrenamtliches und privates Engagement keine Angebote für unter dreijährige
762 Kinder gegeben. Für die Zukunft lehnen wir jedoch eine Verlagerung öffentlicher Aufgaben wie frühkindliche
763 Bildung in den privaten und ehrenamtlichen Bereich ab. Elternvereine, freie Träger und Tagespflegepersonen
764 müssen finanziell so ausgestattet werden, dass gerechte und existenzsichernde Einkommen gewährleistet
765 werden und von Eltern keine Zuschlage oder ehrenamtlichen Dienste verlangt werden müssen.

766

767 **DIE LINKE fordert:**

- 768 • Kinder haben ein Recht auf gute und unentgeltliche Bildung. Sie beginnt nicht erst mit der
769 Einschulung. DIE LINKE streitet für eine gebührenfreie Bildung für alle. Das gilt auch für
770 Kindertagesstätten. Wir wollen flächendeckende Ganztageseinrichtungen für Kinder aller
771 Altersgruppen schaffen.
- 772 • Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht durch Gebühren außer Kraft gesetzt werden.
773 Wir wollen keine Spaltung in „gute teure“ Einrichtungen mit hohen Gebühren und überlaufene
774 öffentliche Angebote.
- 775 • Kindertagesstätten müssen als Bildungseinrichtung anerkannt und als solche vom Land finanziert
776 werden. Wir fordern, Kitagebühren schrittweise abzuschaffen. Als Sofortmaßnahme muss ein
777 gebührenfreies Kitajahr eingeführt werden. Der Bund muss sich an der Finanzierung der
778 Kitabetreuung beteiligen.
- 779 • Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen sich nach dem Bedarf der Eltern richten. Das
780 darf weder zulasten von Betreuungsplätzen gehen noch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen
781 und Erzieher verschlechtern.
- 782 • In allen Kinderkrippen sollen pro Gruppe zwei Fachkräfte mindestens mit Erzieherausbildung
783 eingesetzt werden.
- 784 • Den Beschäftigten müssen Angebote der Fort- und Weiterbildung gemacht werden, auch um
785 interkulturelle und sonderpädagogische Kompetenzen zu erwerben.
- 786 • Für alle Kinder mit sprachlichen Defiziten muss es ausreichende Sprachförderangebote geben. Die
787 Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund ist eine Chance und muss gefördert
788 werden.
- 789 • Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam betreut und gefördert werden. Dazu
790 braucht man außer barrierefreien Räumen auch sonderpädagogischer Begleitung und Beratung im
791 Gruppenalltag für die Erzieherinnen und Erzieher und Eltern. Bei Bedarf werden dem Kind mit
792 Behinderungen speziell ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zur Seite gestellt.

793

794 **4.2. Eine Schule für alle: Gemeinsam lernen**

795 DIE LINKE tritt für einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Gemeinschaftsschulen ein. Durch individuelle
796 Förderung kommen in der Gemeinschaftsschule mehr Kinder zu besseren Abschlüssen, und „leistungsstarke“
797 Kinder werden nicht zurückgehalten: Keine andere Schulart kann die soziale Auslese in der Schule eher
798 zurückdrängen. In einer solchen inklusiven Gemeinschaftsschule lernen alle Schülerinnen und Schüler bis zum
799 10. Schuljahr gemeinsam. Schule darf nicht krank machen. Wir wollen den Druck und die Auslese
800 zurückdrängen und das sinnlose Sitzenbleiben zunächst in der Grundschule abschaffen.

801

802 Gute Schule bedeutet auch: Gute Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen Beschäftigten. In keinen
803 anderen Bundesländern werden so viele Lehrkräfte befristet eingestellt wie in Baden-Württemberg und
804 Bayern. In den Sommerferien werden diese Lehrkräfte entlassen. Statt Urlaub zu machen, müssen sie zum
805 Jobcenter. Damit muss Schluss sein! Daueraufgaben erfordern unbefristete Verträge. Das gilt in allen
806 Bildungseinrichtungen. Um die Belastung der Lehrkräfte zu verringern, fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung
807 zunächst an differenziert arbeitenden Schulen, eine Angleichung der Deputate und der Bezahlung.
808

- 809 • Wir fordern einen Ausbau aller Schularten zu qualitativ guten Ganztagschulen. Der Stundenplan kann
810 dann so gestaltet werden, dass Zeit bleibt für individuelle Förderung, für die Arbeit an Projekten, für
811 kulturelle und sportliche Angebote, so dass sich Phasen von Anspannung und Entspannung sinnvoll
812 abwechseln. DIE LINKE fordert, dass die pädagogische Arbeit an allen Schulen durch
813 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Psychologinnen und Psychologen ergänzt wird, um den
814 sozialen und psychischen Problemen, auch von Flüchtlingen, entgegenwirken zu können.
815
- 816 • Schule muss gebührenfrei sein.
817 Unsere Landesverfassung verlangt ausdrücklich, dass Unterricht und Lernmittel gebührenfrei sein
818 müssen. Dazu gehören für uns auch das Mittagessen in Ganztageschulen und Kitas - genauso wie
819 Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht. Auch die Schülerbeförderungskosten müssen
820 durch Schulträger und Land übernommen werden.
821
- 822 • Eine Schule der Demokratie. Wenn Bildung und Schule einen Zugang zu Demokratie vermitteln
823 wollen, müssen sie selbst demokratisch aufgebaut sein. Klassenräte, Schul- und
824 Hochschulversammlungen gehören zu guter Bildung. Wir stehen für den Ausbau der Selbstverwaltung
825 im Bildungswesen. Auf Landesebene streben wir einen Landesschulrat an. Noch immer spüren wir in
826 Baden-Württemberg die Nachwirkungen der Berufsverbote aus den 1970er Jahren, die der
827 Europäische Gerichtshof schon lang für Unrecht erklärt hat. Wir fordern eine offene Diskussion und
828 Aufarbeitung über das Klima von Einschüchterung in den Schulen, damit wir in eine neue,
829 demokratische Schule starten können.
830
- 831 • Vielfalt bereichert Bildung. Wir wollen, dass die Rechte der Menschen mit Behinderung endlich
832 umgesetzt werden. Dazu nötig sind Barrierefreiheit, kleinere Klassen und sonderpädagogische
833 Unterstützung. Inklusion entsprechend Artikel 28 der UN-Charta muss an allen Schularten
834 gleichmäßig ermöglicht werden, ist aber letztlich nur in „Einer Schule für Alle“ möglich.
835
- 836 • Auch Wissen über unterschiedliche sexuelle Orientierungen muss altersgemäß Thema des Unterrichts
837 sein. Die Wertschätzung von Vielfalt soll im Schulgesetz als Bildungsziel verankert werden. Die
838 fundamentalistischen Bildungsplangegner versuchen im Schulerschluss mit Pegida-nahen Gruppen
839 durch Lügen und Verdrehungen Eltern aufzuhetzen. Dies wollen wir aktiv bekämpfen.
840
- 841 • Willkommenskultur in der Schule. Wir wollen Sprachförderklassen (Vorbereitungsklassen und
842 Vorqualifizierung Arbeit und Beruf für Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse)
843 ausbauen und pädagogisch weiterentwickeln. Lehrkräfte müssen rechtzeitig eingestellt, vorbereitet
844 und weitergebildet werden. Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund sollen
845 gewonnen werden.
846
- 847 • Schulfrei für die Bundeswehr – Bildung ist Friedenserziehung. Die Regierungsparteien haben
848 versprochen, den Kooperationsvertrag zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr zu
849 kündigen, dieses Versprechen aber gebrochen. Werbung für Kriegseinsätze und die Bundeswehr darf
850 es an Schulen nicht geben.
851
- 852 • Ausreichende Unterrichtsversorgung – kleinere Klassen.
853 Weiter fällt viel zu viel Unterricht aus. Schon am Schuljahresanfang fehlen Lehrkräfte und können
854 Stellen nicht besetzt werden, weil die Landesregierung durch ihre Ankündigung, 11.600 Lehrerstellen
855 zu streichen, vom Lehramtsstudium abgeschreckt und diese Ankündigung nur halbherzig und nur bis

856 zu den Wahlen zurückgenommen hat. Dabei war immer klar, dass Reformen wie Ganztagesesschule
857 neue Stellen brauchen. Nur durch eine ausreichende Lehrkräftereserve von 5 Prozent kann der
858 Unterrichtsausfall begrenzt werden. Auch Krankheitsvertretungen und „Springer“ brauchen
859 verlässliche Verträge und dürfen nicht jährlich vor den Sommerferien wieder entlassen werden. Das
860 Bildungswesen darf nicht Vorreiter der Prekarisierung sein. 28 Kinder sind in einer ersten Klasse oder
861 24 in einer Flüchtlingsklasse sind unvertretbar. Wir unterstützen eine Senkung des Klassenteilers in
862 allen Schularten.

863 Wenn Eltern auf private Nachhilfe angewiesen sind, schlägt die soziale Spaltung zu. Wir setzen uns für
864 einen Sozialindex ein, nach dem Schulen in Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung
865 besonders unterstützt werden, damit sie Förderung anbieten können.
866

- 867 • **Bildungsinvestitionen als Konjunkturprogramm – Kooperationsverbot abschaffen.**
868 Wenn Klassenräume sanierungsbedürftig sind und Toiletten nicht mehr aufgesucht werden, werden
869 Unterfinanzierung und fehlende Investitionen plastisch. Daher ist eine Finanzierungsoffensive für
870 Ausbau und Sanierungen der Schulen unter Beteiligung des Landes und des Bundes dringend
871 notwendig. DIE LINKE tritt als einzige Partei dafür ein, das Kooperationsverbot abzuschaffen. Es
872 verbietet dem Bund, Schulen finanziell zu unterstützen.
873
- 874 • **Ethik als Schulfach.** Die rot-grüne Landesregierung hatte angekündigt, dass Ethik in allen Schularten,
875 Schulen und Klassenstufen als gleichwertiges Wahlfach angeboten wird. Das ist nicht passiert. Wir
876 lehnen es ab, dass bei der Abmeldung vom Religionsunterricht immer noch eine diskriminierende
877 „Gewissensprüfung“ angesetzt wird.
878

879 **Grundschule – mehr Ressourcen für Förderung**

880 Mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen verlangt zunächst vor allem eine Stärkung der vorschulischen
881 Bildung und der Grundschule. Die Landesregierung hat die pädagogische Stärkung der Grundschule aus dem
882 Blick verloren, Sprachförderung von Migranten wird vernachlässigt, die Verankerung der notwendigen
883 Förderstunden im Pflichtbereich wird immer noch verweigert, das Ganztagsschulprogramm setzt zu sehr auf
884 Betreuung und offene Angebote, getragen von Kräften in einem scheinbaren Ehrenamt oder in meist
885 prekären Arbeitsverhältnissen, oft ohne adäquate Ausbildung. Zudem wurde durch die Möglichkeit von
886 kostenpflichtigen Zusatzangeboten neben einem schlecht ausgestatteten Grundangebot die Tür geöffnet zu
887 einem verfassungswidrigen, weil kostenpflichtigen Unterricht innerhalb der Pflichtschule.
888 Die Abschaffung der verbindlichen Grundschul-„Empfehlung“ darf nicht rückgängig gemacht werden.
889 Individuelle Förderpläne und Rückmeldungen sollen in der Grundschule das Notensystem ersetzen.
890

891 **Sekundarstufe – Schulentwicklungskonzept ist notwendig**

892 Die Zulassung von Gemeinschaftsschulen (GMS) ist ein wichtiger Erfolg der Landesregierung, den wir
893 begrüßen, aber für ungenügend halten, da sie nicht verbunden ist mit einem Entwicklungskonzept aller
894 Schularten. Daher droht vielen GMS die Rückentwicklung zu Hauptschulen. Wir fordern eine schnelle und
895 verlässliche Sicherung des Übergangs in die gymnasiale Oberstufe durch verbindliche
896 Kooperationsvereinbarungen.
897

898 Die Linke setzt sich für „Eine Schule für Alle“ ein. Die Schulentwicklung muss dies konsequent anstreben. An
899 allen Schularten der Sekundarstufe müssen dazu alle Bildungsniveaus angeboten werden. Die Veränderung
900 der Schülerzusammensetzung erfordert eine zieldifferenzierte Förderung an allen Schularten.
901 Die bisherige „regionale Schulentwicklung“ ist zunächst nur ein Konzept für die Abwicklung der Hauptschulen,
902 das Schulsterben beschleunigt sich, eine zentrale Standortplanung fehlt. So entsteht Investitionsunsicherheit
903 bei den Kommunen, und die wohnortnahe Schulversorgung geht verloren. Der Schülerverkehr nimmt zu und
904 die Kosten steigen - vor allem für die sozial Schwächeren, die bisher die Hauptschule/Werkrealschule
905 besuchten. Auf sie kommen noch die Ganztagsschul-Kosten zu, so dass sich zusätzlichen Belastungen von
906 zirka 100 Euro pro Monat ergeben (knapp 40 Euro Fahrkarte, 60 Euro Essen und Getränke).
907 Im Stich gelassen hat die Landesregierung die Lehrkräfte der Werkrealschulen. Es fehlt ein
908 Personalentwicklungskonzept, das den Betroffenen Perspektiven gibt und ihre unverzichtbaren Kompetenzen
909 nutzt.

910 Die Realschulen beschulen zunehmend Schüler des unteren Leistungsbereichs. Der dort nun mögliche
911 Hauptschulbildungsgang darf nicht zu einer erneuten Selektion führen. Der Mittlere Abschluss ist zum
912 Basisabschluss geworden, der durch Förderung und variable Verweildauer möglichst von allen Schülerinnen
913 und Schülern erreicht werden sollte.

914 Realschulen sollen, wenn die pädagogischen Voraussetzungen gegeben sind, auch das gymnasiale Niveau (E-
915 Niveau) anbieten und Lehrkräfte aller Schularten einsetzen dürfen.

916 Die Belastung der Lehrkräfte wird zunehmend zu einem zentralen Problem der Schulentwicklung, an den GMS
917 wird dies besonders sichtbar. Daher fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung zunächst an differenziert
918 arbeitenden Schulen, eine Angleichung der Deputate und der Bezahlung.

919

920 Die Verkürzung der Lernzeit im achtjährigen Gymnasium (G8) ist weiterhin unbefriedigend und führt zu
921 erheblichen Belastungen „Modellversuche“ für G9 finden großen Anklang. Angesichts der zunehmenden
922 Heterogenität der Schülerzusammensetzung an Gymnasien ist eine pädagogische Weiterentwicklung
923 notwendig, die auch ein Unterrichten auf verschiedenen Niveaustufen und einen Verzicht auf Abschulung
924 beinhaltet.

925 Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen, die diesen Weg gehen, auch die dafür notwendigen Ressourcen
926 bekommen und sich für G9 entscheiden können. Die Gymnasien müssen in die regionale Schulentwicklung
927 einbezogen werden. Dazu ist es auch nötig, die Schulverwaltung zu vereinheitlichen.
928

929 **4.3 Berufliche Bildung verbessern – Weiterbildung fördern**

930 DIE LINKE steht für ein Recht auf Ausbildung. Wir wollen das duale System der Ausbildung in Schule und
931 Betrieb mit einer Regeldauer von mindestens drei Jahren stärken. DIE LINKE lehnt eine Modularausbildung
932 ab. Sie würde ein Baukastensystem bedeuten, nach dem die Geschäftsführungen festlegen, welche Inhalte
933 der Ausbildung für den jeweiligen Betrieb sinnvoll sein sollen. Die Ausbildung und die Entscheidung über ihre
934 Inhalte und Dauer ist Sache der ganzen Gesellschaft, nicht eines einzelnen Unternehmens.
935

936 DIE LINKE tritt auch Überlegungen entgegen, die zumindest dreijährige duale Berufsausbildung durch
937 sogenannte „Werkerausbildungen“ zu ersetzen, die im verstärkten Maß den scheinbar lernschwachen
938 Jugendlichen angeboten werden. Wir fordern, dass sich das Land im Sinn der genannten Jugendlichen für eine
939 Verlängerung der Ausbildung einsetzt und sie gegebenenfalls auch fördert.

940 Berufsbilder müssen auf der breiten Vermittlung allgemein einsetzbarer Qualifikationen beruhen. Künftig
941 sollen Auszubildende, die nicht in der Lage sind, das Ausbildungsziel in der Regelausbildungszeit zu erreichen,
942 weitere Förderung erhalten und ihre Ausbildung gegebenenfalls verlängern können.
943

944 Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung finden nur schwer Arbeit. Deshalb sollen sie
945 besonders gefördert, begleitet und beraten werden, um einen beruflichen Bildungsabschluss erlangen zu
946 können. Der Übergang zwischen Schule und Ausbildung muss für sie besonders erleichtert und durch
947 Schulprojekte vorbereitet werden, die nicht auf das Ehrenamt geschoben werden dürfen.
948

- 949 • Die Landesregierung reduziert unter dem Stichwort „regionale Schulentwicklung“ allein aus
950 Kostengründen Fachklassen an den Berufsschulen im ländlichen Raum. Das lehnt DIE LINKE ab. Es
951 geht nicht nur auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, deren Schulwege sich massiv verlängern,
952 sondern wird auch dazu führen, dass sich das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Fläche weiter
953 reduziert.
- 954 • Das Land Baden-Württemberg als großer Ausbildungsträger und Arbeitgeber muss endlich mit
955 gutem Beispiel vorangehen: Junge Menschen müssen bereits am Anfang ihrer Ausbildung die
956 Perspektive auf Übernahme, unbefristete Arbeitsverträge und gerechte Entlohnung bekommen. Die
957 Landesregierung hat in diesem Bereich in den vergangenen Jahren viel versäumt. Der Anteil an
958 befristeten und damit langfristig unsicheren Jobs ist im öffentlichen Dienst sehr hoch. Ausbildung und
959 Beschäftigung dürfen nicht nach dem Motto ‚Frist oder stirb‘ organisiert werden. Junge Menschen
960 verdienen eine verlässliche Zukunftsperspektive!
- 961 • DIE LINKE wird im Landtag einen Entwurf für ein Landes-Ausbildungsplatzumlagegesetz einbringen,
962 wie es sich bereits in der Krankenpflegeausbildung in Baden-Württemberg bewährt hat.

963 **DIE LINKE fordert:**

- 964 • Eine festgelegte Quote zwischen Auszubildenden und Ausbilderinnen oder Ausbildern. Die Quoten
965 sollen für die einzelnen Branchen von Gewerkschaften und Unternehmen festgelegt werden.
- 966 • Die Verpflichtung eines jeden Ausbildungsbetriebs, das Ausbildungspersonal regelmäßig
967 berufsfachlich und pädagogisch zu schulen.
- 968 • Für 100 angehende Auszubildende müssen mindestens 120 Ausbildungsstellen zur Verfügung
969 stehen. Das Land muss mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten, um diesen Grundsatz zu
970 verwirklichen. Produktions- und Dienstleistungsunternehmen aller Art, die keine oder zu wenig
971 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, müssen eine Abgabe entrichten.
972

973 **4.4. Für eine kritische Hochschule: selbständig denken und fragen lernen**

974 Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet. Die finanzielle
975 Ausstattung wird an marktförmige Kriterien gebunden. Direkte privatwirtschaftliche Einflussnahme auf die
976 Lehre und Forschungsk Kooperationen mit Großkonzernen nehmen zu. Gleichzeitig fehlen Studienplätze,
977 Hörsäle, Lehrende, universitäre Infrastruktur und Wohnraum für Studierende.
978

979 71 Prozent der Kinder von Akademikerinnen und Akademikern studieren, aber nur 24 Prozent der Kinder aus
980 einem nicht-akademischen Elternhaus. Wenn die Studierendenzahlen in Baden-Württemberg steigen, so
981 aufgrund derjenigen, die über einen entsprechenden finanziellen und kulturellen Hintergrund verfügen. Das
982 liegt an der Privatisierung der Bildungsausgaben und an dem enormen Druck zur wirtschaftlichen
983 Verwertbarkeit von Wissen und zu persönlichem Erfolg. Die Ökonomisierung der Bildung verwandelt ein
984 Menschenrecht in eine Ware.

985

986 Wir wollen die Hochschulen öffnen. DIE LINKE setzt sich für die Überwindung von Zugangs- und
987 Zulassungsbeschränkungen wie NC, Auswahlgesprächen, IQ-Tests oder Bewerbungsgesprächen und für den
988 freien Zugang zum Master für alle Studierenden im Rahmen eines Bundesgesetzes zur Hochschulzulassung
989 ein. Die Studierenden sollen selbst bestimmen können, welches Fach und wo sie studieren und welchen
990 Abschluss sie absolvieren möchten. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und
991 Fachhochschulstudiengängen erhöht werden. Hochschulstudiengänge müssen auch für diejenigen, die über
992 eine berufliche Ausbildung gemäß dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare Ausbildung
993 verfügen, geöffnet werden. DIE LINKE setzt sich für eine inklusive Hochschule ein.

994

995 **Studienfinanzierung für ein selbstbestimmtes Leben**

996 Die aktuelle Studienfinanzierung ist darauf ausgerichtet, Studierende möglichst schnell durch den Apparat
997 Hochschule zu schleusen. Für DIE LINKE steht dagegen die persönliche Entwicklung im Vordergrund. Dazu
998 gehört eine ausreichende und repressionsfreie Studienfinanzierung. Studiengebühren – auch durch die
999 Hintertür – lehnen wir ab.

1000

1001 **Studienreform ausgestalten**

1002 Unter dem Deckmantel der Internationalisierung wurde mit der Bologna-Reform die Ökonomisierung der
1003 Bildung weiter vorangetrieben. Viele positive Ansätze wurden im Sinn einer „Effizienzsteigerung“ des
1004 Ausbildungsbetriebs bereitwillig geopfert. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Bachelor-Abschluss oft nicht
1005 mehr als ein „besserer Studienabbruch“. Der Bologna-Prozess ist gescheitert. DIE LINKE setzt sich für eine
1006 Studienreform ein, die diesen Namen auch verdient: Im Dialog mit Studierenden und Lehrenden müssen
1007 Studieninhalte überarbeitet und auf ihre Studierbarkeit und Vergleichbarkeit überprüft werden.

1008

1009 **Gute Arbeit für eine verantwortungsbewusste Wissenschaft**

1010 Die Personalstruktur in der Wissenschaft ist von Prekarisierung, Befristungen, unfreiwilliger Teilzeit und
1011 Werkverträgen auf der einen Seite und Professorinnen und Professoren zwischen Fürstentum und Profit-
1012 Center auf der anderen Seite geprägt. Durch das System von Habilitation und Berufung wird vielen
1013 hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, besonders Frauen, jede Perspektive
1014 genommen. Der Trend zu immer mehr drittmittelfinanzierter Forschung verstärkt diesen Effekt noch. Auf der
1015 anderen Seite verlangen immer größere Zahlen von Studierenden und Studienmöglichkeiten deutlich mehr
1016 Lehrpersonal. Die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes muss auf das Ziel sozialer und
1017 ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden. DIE LINKE will Entscheidungen über die milliardenschweren
1018 Förderprogramme demokratisieren und Transparenz in die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft
1019 bringen. Kooperationsvereinbarungen und sonstige Verträge zwischen öffentlichen Hochschulen oder
1020 Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen müssen offengelegt werden.
1021 Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder Nahverkehrsträger sollen
1022 Forschungsdienstleistungen nutzen können.

1023

1024 **DIE LINKE fordert:**

- 1025 • eine bedarfsdeckende Grundfinanzierung der Hochschulen.
- 1026 • ein Sofortprogramm zur Deckung des erhöhten Lehrbedarfs durch höhere Studienanfängerzahlen.
- 1027 • ein gebührenfreies Studium – die Abschaffung aller Studien-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren.
- 1028 • die verfassungsrechtlich garantierte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchzusetzen.
- 1029 • alle Zulassungsbeschränkungen abzuschaffen.
- 1030 • den Master (MA) als Regelabschluss an allen Hochschulen und den Rechtsanspruch auf einen
1031 Master-Studienplatz.

- 1032 • Die Studiengänge müssen so konzipiert sein, dass sie der Lebensrealität der Studierenden gerecht
1033 werden: Ein großer Teil ist gezwungen, neben dem Studium Geld zu verdienen.
1034 • die Abkehr vom Konzept der Regelstudienzeit und von Zwangsexmatrikulationen für
1035 Langzeitstudierende.
1036 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass von Baden-Württemberg eine Initiative zur Umgestaltung
1037 des BAföG ausgeht: Es soll zu einer bedarfsdeckenden, elternunabhängigen, rückzahlungs- und
1038 repressionsfreien Studienfinanzierung werden.
1039 • Studierende haben Anspruch auf ganztägige Betreuung von Kindern ab dem 3. Lebensmonat.
1040 • Dauerstellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung; tarifliche Regelung aller
1041 Arbeitsverhältnisse an Hochschulen.
1042 • das Ende der Fremdbestimmung durch die Kirchen bei Berufungen und Studienordnungen in der
1043 Theologie.
1044 • Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Aus diesem
1045 Grund setzen wir uns für verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen und die Zugänglichkeit von
1046 Forschungsdaten nach dem Prinzip von Open Data ein.
1047 • Die Einführung von Zivilklauseln (Forschung und Lehre nur für friedliche und zivile Zwecke) in die
1048 Grundordnungen der Hochschulen und in das Landeshochschulgesetz.
1049 • studentischen Verbindungen mit rassistischem, sexistischem und völkischem Hintergrund zu
1050 untersagen, sich an Hochschulen zu betätigen.
1051 • die akademische Selbstverwaltung und Demokratie zu stärken, besonders, indem Aufsichtsräte
1052 abgeschafft und die Kompetenzen der Senate und Fakultätsräte erweitert werden. Bei der Wahl des
1053 Senats müssen die Drittelparität und die Gleichheit der Wahl aller Hochschulangehörigen gelten.
1054
1055

1056 **4.5. Erwachsenenbildung**

1057 Wir wollen die Bildungs- und Qualifizierungszeiten für Erwachsene stärken. Die Beschäftigten sollen die
1058 Möglichkeit zur regelmäßigen beruflichen Weiterbildung haben – für die persönliche Entwicklung des
1059 Einzelnen ebenso wie für die nachhaltige Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben.

1060 Die berufliche Weiterbildung muss in Baden-Württemberg stärker gefördert werden. Hierfür müssen
1061 öffentliche Gelder bereitgestellt werden. DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, die Unternehmen für die
1062 Weiterbildung ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds
1063 eingerichtet werden, in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen.

- 1064
1065 • Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung (zum Beispiel bei Volkshochschulen) müssen
1066 ebenso wie die Studiengebühren entfallen.
1067 • Wir wollen prekäre Beschäftigung in der Weiterbildungsbranche bekämpfen.
1068

1069 **5. Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik**

1070
1071
1072 Junge Menschen haben ihre eigene Vorstellung davon, wie ihre Welt aussehen soll. Aber nur selten dürfen sie
1073 mitbestimmen - egal ob in Schule, Ausbildung, Sportverein oder bei Freizeitangeboten. Deswegen fordert DIE
1074 LINKE eine eigene und selbstständige Jugendpolitik: kein Anhängsel an die „große Politik“, sondern eine klar
1075 definierte Mitbestimmung. Ein Freundschaftsspiel im Fußballverein mit Flüchtlingen, keine Bundeswehr an
1076 der Schule oder endlich eine anständige Skateranlage im Dorf - Jugendpolitik bedeutet, über solche Fragen
1077 nicht nur reden, sondern auch mitgestalten und konkret etwas umsetzen zu können.
1078

1079 Politik für junge Menschen heißt Politik von jungen Menschen. Sie wollen nicht nur gehört werden, sie wollen
1080 erhört werden. DIE LINKE tritt für eine generelle Stärkung der Jugendverbandsarbeit, der Jugendarbeit und
1081 der Jugendsozialarbeit ein. Wir wollen den Ring politischer Jugend und die Stadtjugendringe stärken und
1082 Jugendliche in landespolitische Angelegenheiten direkt mit einbeziehen. DIE LINKE setzt sich für eine offene,
1083 demokratische Diskussionskultur ein, die auch junge Menschen zu Wort kommen lässt, anstatt sie immer nur
1084 vor vollendete Tatsachen zu stellen.
1085

1086 Wir wollen Schule, Studium und Ausbildung wieder stärker demokratisieren. DIE LINKE setzt sich für ein
1087 Verbot von Jugendoffizieren der Bundeswehr an den Schulen und eine Zivilklausel, also das Verbot von
1088 Rüstungsforschung, an den Unis ein. Alle Auszubildenden haben einen Anspruch auf Ausbildungsvergütung.
1089 Die Ausbildungsrahmenbedingungen müssen tarifvertraglich geregelt werden. Perspektivisch muss die
1090 Ausbildungsvergütung ein selbstständiges Leben ermöglichen.

1091
1092 Ein gutes Leben heißt auch die Freiheit, während der Ausbildung oder dem Studium das Elternhaus verlassen
1093 zu können. Das Auszugsverbot für junge Menschen unter 25 Jahren, die ALG-II (Arbeitslosengeld II)
1094 benötigen, lehnen wir ab.

1095
1096 Zum guten Leben gehört eine faire Chance auf gute Arbeit. Gerade junge Menschen arbeiten oft befristet und
1097 müssen sich von Job zu Job hangeln. Oder es wird ein unbezahltes Praktikum nach dem anderen verlangt. So
1098 kann man kein Leben planen. Wir wollen Planungssicherheit für junge Menschen durch sichere Jobs,
1099 anständige Löhne und die Möglichkeit, die eigene Arbeit und das eigene Leben selbstbestimmt
1100 mitzugestalten.

1101 Wir wollen Jugendarbeitslosigkeit aktiv bekämpfen: Das Land soll erwerbslosen Jugendlichen –besonders
1102 Förder- und Hauptschülerinnen und -schülern, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz
1103 bekommen - eine Ausbildungsplatzgarantie geben und so eine Erstqualifikation ermöglichen. Die Zahl der
1104 Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden.

1105
1106 **5.1. Kulturelle Selbstbestimmung - Freizeit ist mehr.**

1107 Die öffentlichen und kulturellen Räume für Jugendliche reichen nicht aus. Unter dem Vorwand, ein
1108 Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen durchzusetzen, werden Jugendliche häufig aus dem öffentlichen Raum
1109 verwiesen. Sozial- und Kulturzentren sind in der angespannten Situation auf dem Wohnungs- und
1110 Immobilienmarkt häufig nicht zu realisieren.

1111
1112 • Jugendliche müssen Räume, Zugang zu öffentlichen Plätzen und kulturellen Mitteln erhalten. Dabei
1113 müssen sie ihre Interessen selbst vertreten können. Das ist auch ein Beitrag zu einem demokratischen
1114 Zusammenleben.

1115
1116 Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche muss vergünstigt bleiben. Die
1117 Schuldenbremse sorgt viel zu oft dafür, dass Schwimmbäder geschlossen werden oder die Ausstattung
1118 verschlechtert wird. Wer es sich leisten kann, weicht auf private – teure – Angebote aus. Wer nicht, sitzt auf
1119 der Wiese. Soziale Spaltung hat viele Gesichter. Wir setzen uns in den Kommunen dafür ein, Schwimm- und
1120 Freibäder überall zu erhalten.

1121
1122 • Außerdem fordert DIE LINKE mehr Freiflächen für Skating und Street-Art. Der öffentliche Raum
1123 gehört allen, auch jungen Menschen. Sie sollen mehr Möglichkeiten haben, ihn zu gestalten - auch
1124 künstlerisch.

1125
1126 Wir wenden uns gegen eine Law-and-Order-Politik mit immer noch stärkeren Polizeikontrollen. Sie schränken
1127 die Freiheitsrechte aller ein. Die Polizei hat die wichtige Aufgabe, in Gefahren- und Gewaltsituationen schnell
1128 einzugreifen. Sie darf aber nicht selber zum Problem werden.

1129
1130 **5.2. Gute Bildung, bezahlbarer Wohnraum und Mobilität für Jugendliche!**

1131 Dies betrifft vor allem die Ausbildung, die Wohnsituation und die Mobilität junger Menschen. Für ein
1132 selbstbestimmtes und unabhängiges Leben brauchen wir ein offenes Bildungssystem - ausfinanziert,
1133 demokratisiert und zugänglich für alle. Bildungsgebühren lehnen wir ab. Schülerinnen- und
1134 Schülervertretungen und Studierendenvertretungen müssen mehr Rechte und mehr Einfluss auf die
1135 Gestaltung der Lehrinhalte bekommen. Auszubildende brauchen mehr Möglichkeiten zur politischen
1136 Interessenvertretung. Und nicht zuletzt muss der Zugang für geflüchtete Jugendliche zur Bildung auch in
1137 Baden-Württemberg gesichert werden.

1138
1139 Die Mieten in Baden-Württemberg explodieren. Besonders Jugendliche, die gerade ein eigenes und
1140 selbstständiges Leben anfangen wollen, können sich eine Wohnung häufig nicht leisten. Bezahlbarer

1141 Wohnraum, eine wirksame kommunale Mietpreisbremse und sozialer Wohnungsbau sind auch für
1142 Jugendliche zentral!

1143

1144 Jugendliche müssen sich im Land bewegen zu können. Besonders im strukturschwachen Raum und in
1145 ländlichen Gebieten wird dies aber zunehmend schwieriger. Der Besuch von Freizeiteinrichtungen,
1146 Bildungsstätten, Theater, Kino, Museum, Konzerte – er ist für viele Jugendliche nicht möglich. DIE LINKE
1147 fordert, den ÖPNV auszubauen und flächendeckend Sozial- und Jugendtickets einzuführen, um allen jungen
1148 Menschen die Fortbewegung in ganz Baden-Württemberg zu ermöglichen.

1149

1150 **5.3. Legalisierung statt Repressionen**

1151 Drogen werden jeden Tag genommen. Der Konsum von Cannabis ist nachweislich nicht
1152 gesundheitsschädlicher als der von Alkohol oder Zigaretten. Dennoch ist es erlaubt, sich ins Koma zu
1153 „saufen“. Wer aber nur geringe Mengen Cannabis im Blut hat, muss mit Konsequenzen rechnen. Auch wenn
1154 der Konsum bereits mehrere Tage her ist, kann er zum Beispiel den Führerschein kosten. Diese
1155 Ungleichbehandlung halten wir weder für zeitgemäß noch für legitim. Deswegen wird es höchste Zeit, eine
1156 gesellschaftliche Diskussion über die Legalisierung von Cannabis und über eine moderne Drogenpolitik zu
1157 führen.

1158

1159 Wir wollen eine Gesellschaft ohne Repressionen gegen Konsumentinnen und Konsumenten Drogen werden
1160 jeden Tag genommen. Der Konsum von Cannabis ist nachweislich nicht gesundheitsschädlicher als der von
1161 Alkohol oder Zigaretten. Dennoch ist es erlaubt, sich ins Koma zu saufen. Wer aber nur geringe Mengen
1162 Cannabis im Blut hat, muss mit Konsequenzen rechnen. Auch wenn der Konsum bereits mehrere Tage her ist,
1163 kann er zum Beispiel den Führerschein kosten. Diese Ungleichbehandlung halten wir weder für zeitgemäß
1164 noch für legitim. Deswegen wird es höchste Zeit, eine gesellschaftliche Diskussion über die Legalisierung von
1165 Cannabis und über eine moderne Drogenpolitik zu führen.

1166

1167 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Cannabis für den Eigenbedarf angebaut werden darf. Wir unterstützen
1168 das Konzept eines Cannabis-Clubs auf nicht-kommerzieller Basis. Die medizinische Verwendung von Cannabis
1169 muss endlich leichter ermöglicht und die hohen Selbstbeteiligungen abgeschafft werden. Die Barrieren für die
1170 Forschung mit Cannabis wollen wir abbauen.

1171
1172
1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215

6. Willkommen in Baden-Württemberg

6.1. Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken

In Baden-Württemberg sind Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten, Kulturen und Religionen zu Hause. Sie tragen zum wirtschaftlichen Reichtum des Bundeslandes bei – als Arbeitskräfte, Geschäftsleute, Reisende oder als Familien. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg lag 2012 bei 26,7 Prozent. Das ist der höchste Anteil in einem Flächenland in Deutschland. Vergeblich sucht man jedoch eine Migrationspolitik, die interkulturelle Kompetenzen fördert und den Fähigkeiten und Potenzialen von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird. Diskriminierungen in Institutionen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder an Schulen stellt für die Menschen oft eine unüberwindbare Barriere dar. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung. In Baden-Württemberg haben 40 Prozent der unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund keine abgeschlossene Ausbildung. Das führt zu Perspektivlosigkeit, Armut und Spaltung.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen Ausgrenzung. Für uns bilden gleiche Rechte, gegenseitiger Respekt und gleichberechtigte Teilhabe die Grundlage des Zusammenlebens.

DIE LINKE fordert:

- niederschwellige, kostenlose und auf Freiwilligkeit basierende Integrations- und Sprachangebote für alle Altersstufen auszubauen.
- herkunftssprachlichen Unterricht in allen Schulformen einzuführen - im ersten Schritt zum Beispiel Unterricht in türkischer Sprache.
- ein integratives Bildungs- und Ausbildungssystem, Vorschulförderung, interkulturelle Jugendarbeit, geschlechtersensible Bildungsprogramme und Förderprojekte im Übergang zwischen Schule und Beruf.
- mehr Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund einzustellen.
- in öffentlichen Bereichen wie Behörden, Verwaltungen, Pflege, Gesundheitswesen, Justiz, Schulen und Hochschulen interkulturelle Kompetenzen zu fördern.
- den Pool staatlich geprüfter Dolmetscher auszubauen.
- die Beratungsstrukturen für Migrantinnen und Migranten zu sichern und auszubauen.
- das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in allen Lebensbereichen umzusetzen und Antidiskriminierungsarbeit mit dem Aufbau entsprechender Anlaufstellen gezielt zu stärken und zu erweitern.
- alle Tendenzen und Formen von strukturellem Rassismus in staatlichen Institutionen und Behörden (etwa durch racial profiling in der Polizeiarbeit) zu bekämpfen.
- die Integrationsbeauftragten zu stärken und finanziell ihren Aufgaben entsprechend auszustatten.
- Beratungsangebote für Frauen und Mädchen in Not und internationale Zusammenarbeit zum Schutz von Frauen und Kindern vor Menschenhandel und Gewalt auszubauen.
- die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern.
- das Wahlrecht ab 16 Jahren für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.
- eine einheitliche Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen zu erleichtern und zu beschleunigen..

6.2. Gleiche Rechte – Diskriminierung und Rassismus bekämpfen

Die prekäre Situation vieler EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die aus Rumänien, Bulgarien und anderen ost- und südeuropäischen Ländern nach Baden-Württemberg kommen, wird auf den Straßen und in Fußgängerzonen der Großstädte sichtbar. Diese Menschen aus den krisengeschüttelten Regionen sind von Armut und Diskriminierung betroffen. Die Angst vor Schikanen bei der Arbeit, im öffentlichen Raum und im Kontakt mit öffentlichen Institutionen ist immer präsent.

Trotz der Freizügigkeit in der EU ist der Bezug von sozialen Leistungen nach dem SGB II (Sozialgesetzbuch II) aufstockend zum Erwerbseinkommen möglich. Hierzu muss mindestens eine geringfügige Beschäftigung nachgewiesen werden. Die Konsequenzen sind Ausbeutungsverhältnisse, menschenunwürdige

1225 Lebenssituationen und als Kriminalität diffamierte Überlebensstrategien der betroffenen Menschen, ihrer
1226 Familien und Kinder.
1227 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Gewerbeaufsicht ausbeuterische Arbeitsverhältnisse durch Kontrollen
1228 eindämmt und den Menschen Beratungsangebote in den Großstädten gemacht werden. Straßensozialarbeit
1229 und aufsuchende Soziale Arbeit kann den Einstieg in den Arbeitsmarkt, den Zugang zu aufstockenden
1230 Leistungen und zu Wohnraum erheblich fördern.

1231

1232 **DIE LINKE fordert:**

- 1233 • Förderung von familiengerechten und bezahlbaren Wohnungen.
- 1234 • Streetworkerinnen und Streetworker sowie Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für
1235 zugewanderte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.
- 1236 • Sicherstellung des Kita- und Schulbesuchs der Kinder und Jugendlichen.
- 1237 • Konsequenter und transparenter Einsatz der Mittel "Soziale Stadt" für die Integration der
1238 Betroffenen in den Kommunen.

1239

1240

1241 6.3. Flüchtlinge - Willkommen in Baden-Württemberg!

1242 Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

1243 Flucht ist Folge von Krieg und bewaffneten Konflikten, politischer Verfolgung, Umweltzerstörung sowie
1244 Armut, Not und Perspektivlosigkeit. Die Industriestaaten, auch Deutschland und die EU, tragen hierfür
1245 maßgeblich Mitverantwortung. Durch die Ausbeutung von Ressourcen werden wirtschaftliche und soziale
1246 Grundlagen in den Entwicklungs- und Schwellenländern systematisch zerstört und die Länder destabilisiert.
1247 Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein: durch eine solidarische Wirtschafts-
1248 und Handelspolitik, den sofortigen Stopp aller Waffenexporte und die konsequente Förderung von Frieden.
1249 Solange Fluchtursachen nicht beseitigt, sondern weiter geschürt werden, sind wir verpflichtet, Flüchtlinge
1250 aufzunehmen und uns für ihre Integration und gleichberechtigte Teilhabe einzusetzen.

1251

1252 Die Landesregierung hat in den letzten Monaten gezeigt, dass sie auf die – vorhersehbare – Situation der
1253 Flüchtlinge nicht vorbereitet war. Im besten Falle nachlässig hat sie sich darauf verlassen, dass Freiwillige und
1254 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in die Lücke springen werden, die die Zuständigen offen gelassen
1255 haben. Und ausgerechnet von den Grünen wird gefordert, die Grenzen gegen die Flüchtlinge zu schließen. Die
1256 so genannte „Überforderung“ ist hausgemacht und tatsächlich ein politisches Versagen.
1257 Baden-Württemberg braucht ein neues Konzept für die Aufnahme von Flüchtlingen, in dem verantwortlich
1258 mit der Personalplanung umgegangen wird. Die offenen Grenzen in der EU und die Reisefreiheit
1259 einzuschränken, sind unerträglich. Freiheit lässt sich nicht halbieren.

1260

1261

1261 **DIE LINKE fordert:**

- 1262 • Ein landesweites, soziales Wohnbaukonzept, das die integrative Anschlussunterbringung von
1263 Flüchtlingen ermöglicht.
- 1264 • Landeswohnungsfonds jetzt für Flüchtlingsunterbringung freizugeben und ein öffentliches
1265 Wohnungsbauprogramm zu starten.
- 1266 • Mieten müssen eingefroren und Leerstand genutzt werden. Das gilt auch für Obdachlose und
1267 andere Menschen in akuter Notlage.
- 1268 • einen Winterabschiebestopp.
- 1269 • Eine Verschärfung des Asylrechts lehnen wir ab.
- 1270 • betreute Wohngemeinschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie alternative
1271 Wohn- und Betreuungsformen.

1272

1273 **Gesundheitsvorsorge ist Menschenrecht!**

1274 Die derzeitige Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg ist gekennzeichnet von
1275 Diskriminierung, Bürokratie und unnötigen Kosten für Landkreise und Kommunen. Wie andere Bundesländer
1276 auch, muss die Landesregierung endlich ernst machen mit der Einführung einer Versichertenkarte, die einen
1277 diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem für Flüchtlinge schafft und die Kreise und Kommunen

1278 entlastet. Mit der erneuten Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes brechen den bewährten
1279 psychosozialen Zentren notwendige Mittel für eine qualitativ hochstehende Traumabehandlung weg.

1280

1281 **Die LINKE fordert:**

- 1282 • Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt
1283 wird, die alle Standardleistungen plus Leistungen für die Sprachermittlerinnen und Sprachmittler oder
1284 Dolmetscher einschließt.
- 1285 • eine Sonderzulassung der Psychosozialen Zentren als medizinische und verhandlungsfähige
1286 Einrichtungen.
- 1287 • eine Pauschale für die bedarfsorientierte Erstversorgung in den ersten 15 Monaten für die
1288 spezialisierten Zentren einzuführen.
- 1289 • muttersprachliche Beratungsangebote für traumatisierte Flüchtlinge einzuführen.

1290

1291 **Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe!**

1292 Die Möglichkeiten zum sofortigen Zugang zu KiTa und Schule für unter 25-Jährige müssen ausgebaut werden.
1293 Um Barrieren für Schulabschluss, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt abzubauen, müssen Flüchtlinge
1294 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus sofort an qualifizierten Sprach- und Integrationskursen teilnehmen
1295 können. Der Heterogenität der Flüchtlinge und den mit ihr verbundenen pädagogischen Herausforderungen
1296 muss in allen Bereichen Rechnung getragen werden.

1297

1298 **Die LINKE fordert:**

- 1299 • genügend KiTa-Plätze und Vorbereitungsklassen für alle Bildungsziele und die Ausstattung der
1300 Schulen mit entsprechenden Räumen und qualifiziertem Lehrpersonal.
- 1301 • Flüchtlinge in Ausbildung müssen ein Bleiberecht für die Dauer der Ausbildung und mindestens
1302 weitere zwei Jahre erhalten.
- 1303 • einen uneingeschränkten Zugang Geflüchteter zum Arbeitsmarkt zu Tarif- und Mindestlöhnen. Kein
1304 Lohndumping mit den Geflüchteten!
- 1305 • Förderung von Begleiter- und Mentorenprogrammen für den Berufseinstieg.

1306

1307 **Begleitung in einem fremden Land**

1308 Neben der fachlichen sozialen Betreuung durch Landratsämter, Kommunen und Wohlfahrtsverbände
1309 engagieren sich viele Unterstützerkreise für Flüchtlinge ehrenamtlich. Sie arbeiten vor Ort mit
1310 beeindruckendem Engagement. Sie sind unverzichtbare, unabhängige und kompetente Akteure in der
1311 Willkommengesellschaft und müssen entsprechend gefördert werden, um ihre verantwortungsvollen
1312 Aufgaben erfüllen zu können. Nicht zuletzt brauchen Flüchtlinge die Möglichkeit zur Selbstorganisation, um
1313 für sich und ihre Anliegen selbst sprechen und handeln zu können.

1314

1315 **Die LINKE fordert:**

- 1316 • Landkreise und Kommunen müssen die tatsächlichen Kosten der Versorgung von Flüchtlingen
1317 erstattet bekommen. Die bisherigen Pauschalen müssen durch spitze Abrechnung, also die
1318 vollständige Abrechnung aller tatsächlich anfallenden Kosten, ersetzt werden.
- 1319 • Der Bund muss sich an der Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung stärker beteiligen. Dies
1320 darf nicht auf Kosten anderer sozialer Aufgaben gehen.
- 1321 • Einen einheitlichen Mindeststellenschlüssel für die fachliche soziale Betreuung der Flüchtlinge in
1322 den Landkreisen: 1:80 für erwachsene und 1:40 für minderjährige Flüchtlinge.
- 1323 • Die finanzielle, sozialpädagogische und interkulturelle Förderung der Unterstützerkreise.
- 1324 • ein Anhörungsrecht des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg bei landespolitischen Entscheidungen
1325 zu flüchtlingsrelevanten Fragen.
- 1326 • einen größeren Dolmetscherpool für die Begleitung zu Behörden, Anwalts- und Arztbesuchen und
1327 zur psychologischen Betreuung. Er muss den Flüchtlingen und ihren ehrenamtlichen Helferinnen und
1328 Helfern offen stehen.

1329

1330 **Familien zusammenbringen!**

1331 Damit Angehörige legal einreisen können, muss die Familienzusammenführung unabhängig von Fristen und
1332 Visa ermöglicht werden. Die geforderten Verpflichtungserklärungen, die zum Teil auch die Übernahme von
1333 Krankheitskosten beinhalten, können zu existenzgefährdenden finanziellen Belastungen für viele hier lebende
1334 Angehörige führen.

1335

1336 **Die LINKE fordert:**

- 1337 • Verpflichtungserklärungen ersatzlos und auch rückwirkend zu streichen.
- 1338 • schon geleistete Zahlungen der Familienangehörigen rückwirkend zu übernehmen und zu
1339 erstatten.

1340

1341 **Härtefallkommission auf neue Grundlagen stellen**

1342 Eine Eingabe an die Härtefallkommission war und ist für viele Flüchtlinge die letzte Möglichkeit, durch ihre
1343 bisher erbrachte Integrationsleistung die Chance auf einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bekommen.

1344 Angesichts immer kürzerer Aufenthaltszeiten müssen weitere Bewertungskriterien wie
1345 herkunftslandbezogene Abschiebehindernisse und Integrationsprognosen in die Empfehlungen der
1346 Kommission einfließen. Durch mehr Mitglieder muss die Bearbeitungsdauer der Eingaben verkürzt werden.

1347

1348 **DIE LINKE fordert:**

- 1349 • die Härtefallkommission auch für Flüchtlinge gemäß Dublin III-Verordnung und Flüchtlinge aus den
1350 sogenannten sicheren Herkunftsländern zu öffnen.
- 1351 • die Mitgliederzahl der Kommission deutlich zu erhöhen.
- 1352 • Die Empfehlungen der Kommission müssen bindend für das Innenministerium sein.

1353

1354 **Humanitäres Bleiberecht für Sinti und Roma**

1355 Vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen an Sinti und Roma und den diskriminierenden und
1356 menschenunwürdigen Lebensverhältnissen in Südosteuropa muss die Landesregierung ein humanitäres
1357 Bleiberecht für diese Gruppe einführen.

1358

1359

1360 **Recht auf Kirchenasyl**

1361 Die Landesregierung muss ein klares Bekenntnis zum Recht auf Kirchenasyl ablegen.

1362

1363 **Flucht ist kein Verbrechen**

1364 Abschiebungen widersprechen der Menschenwürde. Handschellen und Fesseln kriminalisieren.

1365

1366 **Die LINKE fordert:**

- 1367 • keine Abschiebehaft.
- 1368 • keine Abschiebegefängnisse in Baden-Württemberg.

1369

1370 **Bundesratsinitiativen – Einfluss des Landes auf den Bund**

1371 Mit der Wahl der linksgeführten Landesregierung in Thüringen haben sich die Chancen für einen
1372 Politikwechsel auch im und über den Bundesrat verbessert. Baden-Württemberg muss mit allen zur
1373 Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, dass die Forderung nach einer glaubhaften, humanen
1374 Flüchtlingspolitik Gehör im Bundesrat findet.

1375

1376 **Die LINKE fordert unter anderem folgende Bundesratsinitiativen:**

- 1377 • das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.
- 1378 • die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ersatzlos zu streichen.
- 1379 • einheitliche und faire Asylverfahren für alle statt Schnellverfahren.
- 1380 • menschenrechtswidrige Kettenduldungen abzuschaffen.
- 1381 • für eine stichtagsunabhängige und großzügigen Alt- und Härtefallregelung.
- 1382 • legale Fluchtwege nach Europa, Deutschland und Baden-Württemberg zu schaffen.
- 1383 • niemanden in Unterdrückung und Elend abzuschieben.

1384

1385 Kein Mensch ist illegal!

1386

1387

1388 **7. Linke Politik von und für Frauen**

1389

1390 Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Die
1391 wesentlichen Forderungen sind nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen, gleicher
1392 Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung, die Teilhabe an allen Entscheidungen in
1393 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt sowie das Recht auf
1394 Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen.

1395

1396 Jahrzehnte konservativer Politik, direkter und indirekter Benachteiligung von Frauen, ein Frauenbild der
1397 „Hausfrauen- und Versorger-Ehe“ – dies alles hat dazu geführt, dass Baden-Württemberg bundesweites
1398 Schlusslicht bei der Frauengleichstellung ist. Das baden-württembergische Landtagswahlrecht behindert
1399 Frauen in der Politik. Als einziges Bundesland haben wir bei der Landtagswahl nur eine Stimme – die für den
1400 Kandidaten im Wahlkreis, und das ist in der Regel ein Mann. Die grün-rote Koalition hat eine Änderung des
1401 Wahlrechts versprochen – aber nichts getan.

1402

1403 **7.1. Baden-Württemberg – Schlusslicht bei der Frauengleichstellung**

1404 Nur 20 Prozent der Landtagsabgeordneten sind Frauen – aber 52 Prozent der Bevölkerung. Das ist die mit
1405 Abstand niedrigste Quote aller Bundesländer. In den Gemeinderäten sind Frauen mit nur 22 Prozent und in
1406 den Kreisräten mit nur 16 Prozent vertreten. Baden-Württemberg ist mit nur 20 Prozent Frauen in
1407 Führungspositionen von Politik, Wirtschaft und Organisationen ebenfalls bundesweites Schlusslicht. In
1408 keinem anderen Bundesland gibt es so viele Mini-Jobberinnen wie bei uns.

1409 Wir sind eines der reichsten Bundesländer und immer noch Schlusslicht bei der Kinderbetreuung. Der
1410 Abstand bei der Bezahlung von Männern und Frauen ist nirgendwo in Deutschland so hoch wie in Baden-
1411 Württemberg. Das Chancengleichheitsgesetz ist ebenfalls das bundesweit schlechteste – keine verbindliche
1412 Verpflichtung für Frauenbeauftragte in den Kommunen, zu wenig Mitbestimmungsrechte, zu wenige
1413 Freistellungen. Die grün-rote Koalition hat in Sachen Frauengleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und
1414 Familie viel versprochen und wenig gehalten.

1415

1416 Es ist an der Zeit, dass in Baden-Württemberg ein neuer feministischer Wind weht.

1417

1418 Auch in Baden-Württemberg müssen wir Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen.
1419 Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit in der Gesellschaft, besonders nicht entlohnte Haus-, Pflege-,
1420 und Reproduktionsarbeit. Aber ihre Arbeit wird nicht anerkannt, und sie werden bei der Erwerbsarbeit immer
1421 noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. Entsprechend niedriger fallen ihre
1422 Altersrenten aus. Im reichen Baden-Württemberg beträgt die durchschnittliche Altersrente von Frauen nur
1423 knapp 650 Euro und damit halb so viel wie die der Männer. Zeit, dass sich etwas ändert! Wir brauchen
1424 schnelle Schritte zu einer wirkungsvollen Gleichstellungspolitik.

1425 DIE LINKE begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abschaffung des Betreuungsgelds. Wir
1426 machen Druck, damit die dafür bisher vom Bund aufgebrauchten jährlichen 178 Millionen Euro für den Ausbau
1427 der Kinderbetreuung eingesetzt werden.

1428

1429 **DIE LINKE fordert:**

- 1430 • eine Garantie für eine flächendeckende, gebührenfreie, öffentliche Kinderbetreuung.
- 1431 • eine schnelle Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes. Es müssen flächendeckend
1432 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte eingestellt und ihre Rechte erweitert werden.
- 1433 • Im Landtagswahlrecht muss eine zweite Stimme für die Landesliste der Parteien und eine
1434 Verpflichtung zu einem „Reißverschlussverfahren“, also einer jeweils quotierten Landesliste,
1435 eingeführt werden.
- 1436 • eine Quote von 50 Prozent Frauen in allen Entscheidungspositionen im Zuständigkeitsbereich des
1437 Landes.
- 1438 • ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen
1439 und geschlechtergerecht zu gestalten.

- 1440 • Beratungsstellen zur Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen, zur Existenzförderung von
1441 Frauen und jungen Familien und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzurichten.
1442 • Landesprogramme zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt
1443 Nachteile erfahren, etwa Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen nach der Familienphase, Frauen
1444 mit Behinderungen und weiblichen Flüchtlingen.
1445

1446 Die Linke fordert eine deutliche gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung der Erziehungs-, Sozial- und
1447 Pflegeberufe in Baden-Württemberg, in denen vor allem Frauen tätig sind. Die öffentlichen Arbeitgeber
1448 könnten hier Vorbild für die Aufwertung und höhere Eingruppierung der Beschäftigten werden.
1449

1450 **Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen**

1451 Frauen sind im öffentlichen und privaten Raum vielfältigen Formen psychischer und physischer Gewalt
1452 ausgesetzt. Das reicht von Vergewaltigungen über Zwangsehen und Misshandlungen bis hin zu Belästigungen
1453 am Arbeitsplatz. Sexuelle Gewalt ist patriarchale Gewalt. Um Mädchen, Jungen und Erwachsene vor ihr zu
1454 schützen, hilft keine Sicherheitsverwahrung der Täter, sondern nur eine ernsthafte, gesellschaftliche
1455 Auseinandersetzung mit Gewalt, mit männlicher Gewaltbereitschaft als Teil des traditionellen
1456 Rollenverständnisses und mit sexualisierter Gewalt als Form der Machtausübung.
1457

1458 **Die LINKE fordert:**

- 1459 • Mehr Schutz von Frauen, die von Gewalt bedroht sind, und konsequente Strafverfolgung von
1460 Menschenhandel und Zwangsprostitution.
1461 • eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und unbürokratische, ortsungebundene und
1462 zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not. Die Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt
1463 gegen Frauen müssen aufgestockt, die Hilfen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund
1464 verbessert werden. Sie brauchen ein Bleiberecht.
1465

1467 **Eine feministische Perspektive für alle Menschen**

1468 Die LINKE in Baden-Württemberg verfolgt eine langfristige Politik der schrittweisen Veränderung der
1469 Gesellschaft hin zu einem solidarischen und herrschaftsfreien Zusammenleben. Auch auf Landesebene leiten
1470 uns folgende Ideen:
1471

- 1472 • ein neues Verständnis von Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und radikale Arbeitsumverteilung.
1473 • die Entwicklung demokratischer Politik von allen für alle.
1474 • Bildung und Zeit für persönliche Entwicklung für jeden Menschen.
1475 • Zeit für verantwortliche und gemeinschaftliche Ausgestaltung der Aufgaben und Arbeiten, die für
1476 das Leben der Generationen und für menschliches Zusammenleben wichtig sind.
1477

1479 **8. Diskriminierung bekämpfen – Vielfalt der Lebensweisen fördern – für ein** 1480 **selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft**

1481
1482 In der Partei DIE LINKE kämpfen Menschen aus benachteiligten Gruppen selbst gemeinsam mit anderen für
1483 die Rechte und Forderungen von Minderheiten. Eine wirkliche Akzeptanz von Menschen verschiedenster
1484 Herkunft und Lebensweisen ist das gemeinsame Ziel. Gemeinsam können alle Minderheiten zur Mehrheit
1485 gegen die Minderheit der Herrschenden werden.
1486

1487 **8.1. Linke Behindertenpolitik ist selbstbestimmte Behindertenpolitik**

1488 In Baden-Württemberg leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Behinderungen, das sind über 10 Prozent der
1489 Gesamtbevölkerung. Die meisten erleben täglich Einschränkungen, also Behinderungen durch die Umwelt.
1490 Besonders, wenn sie ein eigenständiges Leben führen möchten.
1491 Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation, fehlende Sachkenntnis und
1492 mangelndes Verständnis bei Verantwortlichen sind ebenso an der Tagesordnung wie diskriminierende
1493 Regelungen im Gesundheitssystem. Frauen mit Behinderungen sind oft noch zusätzlich von Erwerbslosigkeit,
1494 Armut und Abhängigkeit betroffen.

1495

1496 Die Auflösung der Landesversorgungsverwaltung im Zug der Verwaltungsreform 2005 hat für behinderte
1497 Menschen nur Nachteile gebracht. Ob jemand als schwerbehindert anerkannt wird, ist seit 2005 nicht nur
1498 von der Schwere der Behinderung, sondern auch vom Wohnort abhängig.

1499

1500 DIE LINKE setzt sich dafür ein, diesen Teil der „Verwaltungsreform“ rückgängig zu machen. Wir wollen die
1501 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention zum Recht auf vollständige Inklusion
1502 sofort und konsequent umsetzen. Das bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen auf allen
1503 Ebenen von Anfang an selbstverständlich zusammenleben. Das umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche - von
1504 Bildung, Arbeit, Wohnen und Familie bis zum Recht auf umfassende Barrierefreiheit und selbstbestimmte
1505 Teilhabe am öffentlichen Leben. Inklusion heißt, dass die Gesellschaft die Einschränkungen Behinderter
1506 ausgleicht.

1507

1508 **DIE LINKE fordert:**

- 1509 • einen wirksamen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention. Um ihn erstellen zu können,
1510 müssen Expertinnen und Experten aus Selbsthilfegruppen einbezogen und die nötigen Ressourcen
1511 bereitgestellt werden.
- 1512 • inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und damit die schrittweise Umwandlung
1513 von „Förderschulen“ in qualifizierte Regelschulen.
- 1514 • Gute Arbeit für alle Menschen – auch Menschen mit Behinderung müssen gemäß Tarif bezahlt
1515 werden beziehungsweise den Mindestlohn erhalten.
- 1516 • unterstützte Arbeit für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit dem
1517 Ziel, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weitgehend überflüssig zu machen.
- 1518 • Die Möglichkeiten der Fachbetreuung muss in Großbetrieben und im öffentlichen Dienst
1519 angeboten werden.
- 1520 • eine Beschäftigungspflicht für alle Betriebe, die Menschen mit Behinderung aufnehmen können.
1521 Erfolgt keine oder eine nicht ausreichende Beschäftigung von behinderten Menschen, soll eine
1522 Ausgleichsabgabe erhoben werden, die deutlich über den Kosten des möglichen Arbeitsplatzes liegt.
- 1523 • Die Schwerbehindertenvertretung in den Betrieben muss rechtlich gestärkt werden.
- 1524 • das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause statt einer Unterbringung in
1525 Heimen. Auch in Heimen muss zunächst Eigenverantwortung gefördert und müssen
1526 Zwangsmaßnahmen verboten werden.
- 1527 • das Recht auf eine bedarfsdeckende, vermögens- und einkommensunabhängige „selbstbestimmte
1528 persönliche Assistenz“ ohne Kostenvorbehalt.
- 1529 • die Abschaffung der Unterhaltspflicht Familienangehöriger bei behinderungsbedingten Kosten.
- 1530 • eine deutliche Erhöhung zulässiger Spareinlagen ohne Anrechnung auf die Grundsicherung-
- 1531 • die Anerkennung des Rechts auf Sexualität, gleiches Recht auf Adoption und ein Recht auf
1532 Elternassistenz für Menschen mit Behinderung.
- 1533 • Menschen mit Behinderungen wollen sich selbst vertreten nach dem Motto »Nichts über uns ohne
1534 uns«. Daher müssen Behindertenbeauftragte von Land, Stadt und Kreisen nach Möglichkeit selbst
1535 Betroffene sein. In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern müssen sie hauptamtlich beschäftigt
1536 und mit den entsprechenden Kompetenzen (Einspruchsrecht) und Ressourcen (Büro, Sekretariat,
1537 Finanzmitteln) ausgestattet werden. Sie müssen verbindlich mit Beiräten von
1538 Behindertenorganisationen zusammenarbeiten.
- 1539 • Hilfen für behinderte Menschen wie Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Medizinische
1540 Behandlungspflege nach § 37 Sozialgesetzbuch V in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe
1541 und Leistungen zur Teilhabe in der Gesellschaft müssen solange aus Landesmitteln bestritten werden,
1542 bis es ein einheitliches Bundesleistungsgesetz gibt. Das Land Baden-Württemberg muss sich hierfür
1543 im Bundesrat einsetzen.
- 1544 • Öffentliche und private Räume (auch Wohnungen und Eigenheime), der öffentliche Nah- und
1545 Fernverkehr und Dienstleistungen – zum Beispiel in der Information und Kommunikation – müssen
1546 barrierefrei sein. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch alle
1547 anderen. Das Recht auf Mobilität behinderter Menschen muss sich am Bedarf orientieren und darf
1548 nicht wie bisher an Bedingungen geknüpft sein.

- 1549 • In allen stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens muss die Übernahme der Assistenz für
1550 Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

1551

1552 **8.2. Damit wir leben können wie wir wollen - Für ein offenes Baden-Württemberg**

1553 Die Gesellschaft in Baden-Württemberg ist von einer Vielfalt der Lebensformen geprägt. Neben der
1554 klassischen Kleinfamilie gibt es alleinerziehende Eltern. Patchwork- und Regenbogenfamilien mit zwei
1555 Müttern oder zwei Vätern sind auch bei uns gelebte Realität. Doch noch immer diskriminiert die staatliche
1556 Familien- und Steuerpolitik. Sie verweigert die Öffnung der Ehe, untersagt die Adoption durch
1557 gleichgeschlechtliche Paare genauso wie die künstliche Befruchtung. Hier muss das Land im Bundesrat
1558 entschieden auf Reformen in der Bundesgesetzgebung dringen.

1559

1560 Eine Gruppierung, die sich selbst „besorgte Eltern“ nennt, betreibt mit rechtspopulistischen Standpunkten
1561 Stimmungsmache gegen ihre Mitmenschen. Sie versucht, die kulturelle Öffnung zurückzudrehen und zu
1562 verhindern, dass unterschiedliche Familienformen anerkannt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass
1563 diese offene Menschenverachtung kein Forum erhält, Diskriminierungen abgebaut werden, Vielfalt sichtbar
1564 wird und Anerkennung findet.

1565

1566 Lesbische, schwule, bisexuelle und asexuelle Menschen erfahren noch immer Ablehnung, Anfeindung
1567 und besonders häufig auch psychische und körperliche Gewalt. Der Umgang mit transgener,
1568 transsexuellen und intersexuellen Menschen ist weiter von Diskriminierung geprägt. Dies gilt am
1569 Arbeitsmarkt, durch Behördenhandeln, im Gesundheits- und Sozialsystem und durch den
1570 Gesetzgeber. Menschenrechtsverletzungen wie geschlechtszuweisende Zwangsoperationen an
1571 Kindern sind nicht verboten.

1572

1573 Die rot-grüne Regierung hat einen Schritt gemacht mit dem „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte“.
1574 Doch die notwendigen nächsten Schritte sind ausgeblieben, etwa eine ausreichende Finanzierung. Damit
1575 bleibt die Regierung weit hinter der Ankündigung im Koalitionsvertrag zurück, Baden-Württemberg zum
1576 „Vorreiter für Offenheit und Vielfalt“ zu machen.

1577

1578 **DIE LINKE fordert**

- 1579 • Jede Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgener,
1580 intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) muss aufhören. Das gilt auch für die Kirchen und
1581 Religionsgemeinschaften als Arbeitgeber. Unser Ziel ist die volle rechtliche Gleichstellung und der
1582 Abbau von Diskriminierung in allen Lebensbereichen.
- 1583 • eine Schule ohne Angst: Bildungspläne und Lern- und Lehrmaterialien von der Kita bis zur
1584 Erwachsenenbildung, die die Vielfalt von Liebe, Geschlecht und Lebensweisen wertschätzend sichtbar
1585 machen und heteronormativen, sexistischen und patriarchalischen Einstellungen den Nährboden
1586 entziehen.
- 1587 • die staatliche Förderung von LSBTTIQ-Zentren in allen Regionen mit Beratungs- und Hilfsangeboten
1588 und zur Förderung des Community-Lebens.
- 1589 • Wir wollen das ehrenamtliche Landesnetzwerk LSBTTIQ in Baden-Württemberg dauerhaft fördern
1590 und in die Beteiligungskultur des Landes einbinden.
- 1591 • die systematische historische Aufarbeitung der LSBTTIQ-Geschichte in Baden-Württemberg und die
1592 Sichtbarmachung der Verfolgung und Diskriminierung vor, während und auch nach der NS-Diktatur
1593 bis einschließlich in die Gegenwart.
- 1594 • die Ausfinanzierung des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte und Erweiterung im Dialog
1595 auf Augenhöhe mit den Betroffenen.
- 1596 • die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, unter anderem
1597 durch § 175 des Strafgesetzbuchs.

1598

1599

1600 **Kultur für alle statt prekär kreativ - Kunst und Kultur sind so, wie die Menschen leben und arbeiten.**

1601 Wir verstehen Kultur als die Summe der von Menschen geschaffenen materiellen und geistigen Werte einer
1602 Gesellschaft. Sie drückt sich nicht nur in der Bildenden Kunst, der Musik, der Literatur, im Film oder im

1603 Theater aus, sondern in allen Lebensformen, Traditionen, Glaubensrichtungen und Wertesystemen. Es ist
1604 Aufgabe der Kulturpolitik, Zugang zum kulturellen Erbe und zum Neuen zu eröffnen. Das kann nur gelingen,
1605 wenn sich die Kunst der Verwertungslogik entzieht. DIE LINKE will, dass die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt
1606 der Träger kultureller Produktion geschützt und gefördert werden. Kreative Güter sollen nicht der Verwertung
1607 unterworfen und für alle Menschen zugänglich sein. Kultureinrichtungen, Kulturvereine und freie Träger der
1608 Kulturarbeit sind auf die Absicherung ihrer ökonomischen Grundlagen ebenso angewiesen wie Künstlerinnen
1609 und Künstler, Autorinnen, Autoren und Publizistinnen und Publizisten. Das muss im Mittelpunkt der
1610 Kulturförderung stehen. Sie darf nicht auf Hochkultur und Prestigeprojekte beschränkt werden.

1611

1612 **DIE LINKE fordert:**

- 1613 • Kulturfinanzierung ist eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand.
- 1614 • Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen in all ihren Verbreitungswegen (auch im
1615 Internet) sind kulturelle Pflichtaufgaben. Das Land und die Kommunen müssen sie auskömmlich
1616 finanzieren. Prekäre Beschäftigung beim Lehrpersonal wollen wir bekämpfen.
- 1617 • Die Kulturförderung darf sich nicht auf bereits etablierte Einrichtungen beschränken, sondern muss
1618 auch neuen Projekten Chancen eröffnen. Die „freie Kulturszene“ muss mit gleichen Anteilen in ihren
1619 Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers-, Ausstellungs- und Probenräumen oder durch Stipendien gefördert
1620 werden wie die etablierten Einrichtungen. Bildende Künstlerinnen und Künstler müssen angemessene
1621 Ausstellungshonorare erhalten.
- 1622 • DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Stärkung der Künstlersozialkasse ein.
- 1623 • DIE LINKE unterstützt die Zusammenschlüsse und die Selbstorganisation von Kulturschaffenden,
1624 damit sie ihre Anliegen und Interessen besser durchsetzen können.
- 1625 • Wir wollen kostenlosen Zugang der Bevölkerung zu öffentlichen und öffentlich bezuschussten
1626 kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Bibliotheken.

1627

1628 **8.3. Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung**

1629 Eine freie, unabhängige Presse und eine vielfältige Medienlandschaft sind Grundvoraussetzungen einer
1630 funktionierenden Demokratie. Vielfalt und Qualität der Presse in Baden-Württemberg sind jedoch durch
1631 Konzentration, Renditeerwartungen, prekäre Beschäftigungsformen und Stellenabbau in den Redaktionen
1632 und Verlagshäusern bedroht

1633 Um eine funktionierende Medienlandschaft zu erhalten, sind nur Medieneinrichtungen öffentlich zu fördern,
1634 die in ihren Inhalten und ihrer Verfasstheit ausdrücklich garantieren, ihre Aufgaben im Sinn des Artikel 5
1635 Grundgesetz (Meinungs- und Pressefreiheit) zu erfüllen. Dazu gehört auch die zwingende Trennung von
1636 werblichen Inhalten und Informationen. Öffentlich-rechtliche Medien – auch im Internet und bei
1637 digitalisierten Medien – sind zu schaffen und zu fördern. Allerdings müssen alle Gremien dieser Einrichtungen
1638 staatsfern, bürgernah und demokratisch gewählt werden.

1639

1640 **DIE LINKE fordert:**

- 1641 • die Vielfalt und Freiheit der Medien und moderner Kommunikationsmittel wie Internet und
1642 Netzneutralität zu fördern. Wir wollen öffentlich-rechtliche Medien fördern.
- 1643 • Die Rundfunkorgane des SWR müssen weitergehend demokratisiert werden.
- 1644 • Wir unterstützen die Forderung des VS (Verbands Deutscher Schriftsteller) in ver.di nach einem
1645 eigenen (nicht rotierenden) Sitz im SWR-Rundfunkrat.
- 1646 • Eine umfassende Pressestatistik über alle Medien im Land und einen jährlichen regelmäßigen
1647 Bericht über die Veränderungen von Redaktionen und Beteiligungen.
- 1648 • Wir wollen die Kommunikations- und Medienfreiheit stärken: Dafür wollen wir in traditionellen
1649 und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung gestalten. Den öffentlich-rechtlichen
1650 Rundfunk wollen wir reformieren und die Rundfunkräte demokratisieren und quotieren. Die
1651 Redaktionsstatute sollen ein hohes Maß an Mitbestimmung der Beschäftigten verankern. Auf
1652 Landesebene setzen wir uns daher für ein Presserechtsrahmengesetz ein.
- 1653 • Prekäre Beschäftigung muss auch in den Redaktionen zurückgedrängt werden: Wir lehnen
1654 unbezahlte Praktika, unfreiwillige Teilzeit, Werkverträge, Leiharbeit, Arbeitsplätze auf Honorarbasis
1655 oder als ungesicherte „Freie“ ab. Dafür wollen wir die Gewerkschaften stärken. Wir werden Druck
1656 machen, dass Baden-Württemberg dafür einen Vorstoß im Bundesrat unternimmt.

- 1657 • DIE LINKE fordert eine Grundversorgung mit kostenlosem Breitband-Internet. Hier könnte die
1658 Landesregierung aktiv werden. Wir setzen uns für Netzneutralität ein.

1659
1660 **8.4. Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirche und Staat**

1661 Fragen des Umgangs mit Religionsgemeinschaften waren in Baden-Württemberg in den letzten Jahren häufig
1662 Gegenstand von landespolitischen Debatten („Kopftuchstreit“, Kontroversen um den Bau von Moscheen,
1663 Anerkennung der Zeugen Jehovas und so weiter).

1664
1665 **DIE LINKE verfolgt zwei Grundsätze:**

- 1666 • Wir verteidigen die individuelle Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Niemand darf wegen
1667 seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Religions- oder
1668 Weltanschauungsgemeinschaft benachteiligt oder diskriminiert werden.
- 1669 • Wir setzen uns für eine Trennung von Staat, Religionsgemeinschaften und Kirchen ein. Wir leben
1670 heute in einer durch religiöse und weltanschauliche Vielfalt geprägten Gesellschaft. Dies ist eine
1671 Bereicherung. In einer solchen Lage kann es nicht angehen, dass bestimmte religiöse Richtungen als
1672 vermeintliche „Leitkultur“ andere Richtungen dominieren oder benachteiligen wollen.

1673
1674

1675 **9. Für mehr Mitbestimmung, direkte Demokratie und Rechte der Bürgerinnen und Bürger**

1676 Grüne und SPD haben zu mehr demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten viel versprochen und wenig
1677 gehalten. Die ersten viereinhalb Jahre ihrer Regierungszeit verzögerten sie angekündigte Gesetzentwürfe
1678 immer wieder, um dann erst wenige Monate vor der Landtagswahl eine in vielen Punkten halbherzige Reform
1679 in Kraft treten zu lassen. Sie lässt in nicht wenigen zentralen Fragen der Bürgerbeteiligung noch große
1680 Wünsche offen. Die angebliche „Politik des Gehörtwerdens“ relativierte Grün-Rot 2012 selbst, indem erklärt
1681 wurde: „Gehört werden heißt nicht erhört werden.“

1682

1683 **DIE LINKE fordert mehr demokratische Mitbestimmung:**

- 1684 • Bei Bürgerbegehren muss – wie bereits heute in Bayern oder Schleswig-Holstein – die
1685 einschränkende Fristsetzung wegfallen. Bürgerinnen und Bürger müssen jederzeit ein
1686 Bürgerbegehren zur Korrektur eines Gemeinderatsbeschlusses einreichen können. Auch zu Tarifen
1687 und Abgaben sowie über Fragen der Bauleitplanung müssen Bürgerinnen und Bürger ohne
1688 einschränkende landesgesetzliche Regelungen Bürgerbegehren einreichen können (wie heute zum
1689 Beispiel schon in Bayern). Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen muss die schwierige Hürde
1690 eines formal korrekten Kostendeckungsvorschlags für ein Bürgerbegehren für die Bürgerinnen und
1691 Bürger wegfallen. Stattdessen hat die Stadtverwaltung selbst eine Kostenschätzung zu erarbeiten.
- 1692 • Bei Bürgerentscheiden muss allein das Prinzip „Die Mehrheit der Abstimmenden entscheidet“
1693 gelten, wie es bei Wahlen schon lange selbstverständlich ist. Zusätzliche Abstimmungsquoren
1694 entfallen.
- 1695 • Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen endlich auch in Baden-Württemberg auf der Ebene
1696 von Landkreisen möglich werden, wie es bereits in allen anderen Bundesländern (außer Hessen) der
1697 Fall ist. Damit die Einwohner eines Landkreises auch bei der Kreispolitik ein Mitspracherecht haben.
- 1698 • Bei Volksbegehren auf Landesebene soll das Unterschriftenquorum auf 5 Prozent gesenkt werden,
1699 wie es Grüne und SPD in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, aber nicht eingehalten haben.
- 1700 • Bei Volksentscheiden auf Landesebene ist das Abstimmungsquorum mit 20 Prozent nach wie vor
1701 so hoch, dass die meisten Volksabstimmungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Grüne
1702 und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, dieses Quorum abzuschaffen. Das scheiterte
1703 aber an der fehlenden Zustimmung der CDU zur dafür notwendigen Verfassungsänderung, für die
1704 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. Wenn die CDU weiterhin blockiert, sollte zumindest mit
1705 einfacher Mehrheit gesetzlich geregelt werden, Volksabstimmungen grundsätzlich mit Wahlterminen
1706 zusammenzulegen. Durch die auf diese Weise höhere Wahlbeteiligung besteht eine bessere Chance,
1707 das Quorum erreichen zu können.

1708

1709 **9.1. Für mehr Fairness beim Wahlrecht**

1710 Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist das Wahlrecht in Baden-Württemberg nach wie vor so
1711 gestaltet, dass die CDU bevorzugt und andere Parteien benachteiligt werden. Das ist unfair.

1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727
1728
1729
1730
1731
1732
1733
1734
1735
1736
1737
1738
1739
1740
1741
1742
1743
1744
1745
1746
1747
1748
1749
1750
1751
1752
1753
1754
1755
1756
1757
1758
1759
1760
1761
1762
1763
1764
1765

Daher fordert DIE LINKE eine umfassende Wahlrechtsreform. Für die kommunale Ebene bedeutet das:

- In den Landkreisen sollen die Landräte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden. Das hatten Grüne und SPD auch in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, aber nicht umgesetzt.
- In den Städten sollen die Bezirksbeiräte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, wie dies in anderen Bundesländern schon längst üblich ist.
- Die Amtszeit von Bürgermeister*innen soll von acht auf sechs Jahre reduziert werden, damit sie den Willen der Wählerinnen und Wähler nicht so schnell vergessen. Sie sollen jederzeit abwählbar sein. Außerdem sollen sie keine weiteren Mandate bekleiden dürfen, beispielsweise in Kreistagen. Auch bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern darf es keine Ämterhäufung geben.
- Das Wahlrecht bei Kreistagswahlen wollen wir so verändern, dass keine unausgeglichene Überhangmandate mehr auftreten und die Zahl der Sitze für die Parteien exakt ihrem Anteil an Wählerstimmen entspricht. Das ist bislang nicht der Fall.

Beim Landtagswahlrecht wollen wir:

- eine Zweitstimme wie bei Bundestagswahlen einführen.
- Der geringe Frauenanteil im Landtag – bislang mit nur 20 Prozent der mit Abstand niedrigste aller Bundesländer – ist vor allem durch das veraltete Wahlrecht bedingt. Wir wollen ein Wahlrecht, das Frauen größere Chancen eröffnet.
- Die Fünf-Prozent Klausel bei Landtagswahlen muss fallen, weil sie Minderheiten komplett aus dem Parlament heraushält. Zu Recht hat deshalb das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahlen bereits abgeschafft.
- DIE LINKE fordert, das allgemeine Wahlrecht konsequent durchzusetzen. Das bedeutet, dass alle unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ab dem 16. Lebensjahr dazu berechtigt sein sollen, dort zu wählen, wo sie leben. Dieses Recht soll nicht nur Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zustehen, sondern allen, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.

9.2. Demokratie erfordert Transparenz

Viele Vorgänge in der Politik spielen sich hinter verschlossenen Türen ab. Bürgerinnen und Bürger werden nicht nur von Entscheidungsprozessen ferngehalten, sondern noch nicht einmal informiert.

DIE LINKE fordert Offenheit und Transparenz, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern rechtzeitig Einwände und Einspruch erheben können.

- Jede Gemeinde und jeder Landkreis muss mindestens einmal jährlich eine öffentliche Einwohnerversammlung durchführen, um die Bürgerschaft über aktuelle Vorgänge zu informieren und ihr Gelegenheit zur Diskussion zu geben. In Baden-Württemberg gibt es hierzu lediglich eine unverbindliche Soll-Bestimmung für Gemeinden, die von den verantwortlichen Politikern gerne ignoriert wird.
- Gemeinderäte, Kreistage und alle ihre Ausschüsse sollen grundsätzlich öffentlich tagen. Ausnahmen darf es nur noch geben, wenn dies gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, zum Beispiel wenn ein Persönlichkeitsrecht zu schützen ist. Die Kungelei hinter verschlossenen Türen muss ein Ende haben. Die Regierung aus Grünen und SPD konnte sich in der vergangenen Legislaturperiode lediglich dazu durchringen, es den Gemeinde- und Kreisräten freizustellen, ob sie öffentlich tagen wollen oder nicht. Das reicht nicht.
- Im Landtag greift der – kapitaldominierte – Lobbyismus immer weiter um sich. Ein großer Teil der Abgeordneten unserer Parlamente gehören gleichzeitig Vorständen von Konzernen und Unternehmen an. Durch hohe Nebenverdienste und mögliche Weitergabe von internen Informationen ist nicht mehr gewährleistet, wem die Abgeordneten dienen und wessen Interessen sie vertreten. Auch durch Parteispenden von Großkonzernen wird in die parlamentarische Willensbildung eingegriffen. Damit muss Schluss sein! Wir wollen ein Lobbyregister einführen und Parteispenden auf Spenden von Privatpersonen begrenzen.
- Grüne und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag ein Informationsfreiheitsgesetz angekündigt, das jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen

1766 gewährleisten sollte. Passiert ist viereinhalb Jahre lang nichts. Erst ganz kurz vor der Landtagswahl
1767 trat nach einer langen Hängepartie ein „Informationsfreiheitsgesetz“ in Kraft, das den Namen nicht
1768 verdient. Es wird von Fachverbänden als völlig ungenügend und als „das schlechteste in Deutschland“
1769 bezeichnet. Wir fordern ein umfassendes und bürgerfreundliches Informations- und
1770 Transparenzgesetz nach dem Vorbild der Bundesländer Hamburg und Rheinland-Pfalz.

- Die Forderung nach mehr Transparenz muss besonders für den Landesverfassungsschutz gelten. Sein Versagen im Umgang mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) muss aufgearbeitet werden, und es sind Konsequenzen zu ziehen. Es hat sich gezeigt: Der Schutz des Grundgesetzes vor Verfassungsfeinden und antidemokratischen Bewegungen kann nicht durch geheimdienstliche, intransparente Methoden geleistet werden. Deshalb fordern wir, das Landesamt für Verfassungsschutz in eine unabhängige Beobachtungsstelle zu neonazistischen, rassistischen, antisemitischen und anderen verfassungsfeindlichen Gruppen umzuwandeln. Das dient auch dem Schutz der Verfassung.

1780 **9.3. Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht – Keine Verschärfung des Versammlungsgesetzes!**

1781 Das Recht auf offene Diskussion, Versammlung und öffentliche Meinungsäußerung gehört zur Grundsubstanz
1782 der Demokratie. Die Landesregierung versprach in ihrer Koalitionsvereinbarung ein „bürgerfreundliches“
1783 Versammlungsrecht. Davon ist nichts zu spüren. Mit willkürlichen Auflagen können missliebige Proteste
1784 behindert, wenn nicht sogar verhindert werden. Wir wollen, dass Sitzblockaden, Streikposten und
1785 Spontandemonstrationen ohne Einschränkungen ermöglicht werden. Es geht uns um nicht mehr und nicht
1786 weniger als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den
1787 politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“ (Brokdorfurteil des BVerfG). Jedes
1788 Gesetz, das diesen Kerngedanken des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit gefährdet, lehnen wir ab.

1789
1790 Darüber hinaus gibt es im Zusammenhang mit Demonstrationen und Versammlungen immer wieder ernst zu
1791 nehmende Vorwürfe gegen Polizeibeamte wegen rechtswidriger Gewaltanwendung. Sie werden zum Teil
1792 nicht ausreichend untersucht. Die Aufklärung wird nicht selten dadurch erschwert, dass die betroffenen
1793 Polizeibeamten aufgrund fehlender Kennzeichnung nicht identifiziert werden können. Das kann zu einem
1794 Mangel an Verantwortung und zu einem Klima der Straflosigkeit führen.
1795 Wir lehnen die Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private
1796 Sicherheitsdienste ab.

1798 **DIE LINKE fordert:**

- die Einschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot.
- das generelle Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen und Demonstrationen.
- das Verbot von Agents Provocateurs.
- das Verbot von Polizeikesseln und der Bedrängung von Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern.
- eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte.
- eine verstärkte Sensibilisierung der Polizeibeamten im Umgang mit der Zivilbevölkerung und deren Bürgerrechten, um diskriminierender Behandlung vorzubeugen.
- die Einführung einer vom Landtag beauftragten unabhängigen Kontrollkommission zur Aufklärung von Straftaten von Polizistinnen und Polizisten.

1812 **9.4. Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken**

1813 Der Konsum von Drogen gehört zum Alltag. Der Gebrauch von Cannabis ist nicht gesundheitsschädlicher als
1814 der von Alkohol oder Zigaretten. Aber er wird anders behandelt. Der Missbrauch von Drogen aller Art kann zu
1815 schweren gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Problemen führen. Um diese individuellen und
1816 gesellschaftlichen Probleme möglichst gering zu halten, setzt sich DIE LINKE für eine aufgeklärte Drogenpolitik
1817 ein.

- 1819 • Da der Missbrauch von Drogen oft eng mit den konkreten Lebensumständen der Menschen
- 1820 zusammenhängt, bedarf es ausreichender und bedarfsorientierter Angebote der psychosozialen
- 1821 Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Grundlage.
- 1822 • Wir wollen die Möglichkeiten zur Drogensubstitution verbessern, indem für die entsprechenden
- 1823 Ärzte Rechtssicherheit geschaffen wird. Es muss erleichtert werden, Ersatzmittel auszuhändigen. Die
- 1824 Behandlung mit Diamorphin, einem synthetischen Heroin, muss flächendeckend ermöglicht werden.
- 1825 • Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern, wollen wir
- 1826 Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen ausbauen und für
- 1827 Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung stellen.

1828
 1829 Die bisherige repressive Drogenpolitik fördert drogenbezogene Probleme wie die organisierte
 1830 Drogenkriminalität oder den sozialen Abstieg und Gesundheitsrisiken für Abhängige. DIE LINKE setzt sich für
 1831 eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten
 1832 setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.

- 1833
- 1834 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu genehmigen sowie
- 1835 Cannabis-Clubs auf nicht-kommerzieller Basis zu erlauben. Dabei müssen der Jugendschutz sowie ein
- 1836 entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir wollen die Möglichkeiten erleichtern, Cannabis als
- 1837 Arzneimittel medizinisch einzusetzen und zu erforschen.
- 1838 • Wir wollen Drogenkonsum entkriminalisieren. Den Drogenmarkt wollen wir regulieren, um ihn so
- 1839 der organisierten Kriminalität zu entziehen und die katastrophalen Folgen des Drogenkrieges in
- 1840 Anbau- und Transitländern zu verringern.

1841 1842 1843 **10. Gegen Rassismus und Nationalismus**

1844 1845 **10.1. Schluss mit der Vertuschung. NSU-Morde und die Verstrickung der Landesbehörden aufklären**

1846 Der Mordkomplex der NSU hat sich über mehrere Bundesländer erstreckt. Am wenigsten sind bisher die
 1847 Vorgänge in Baden-Württemberg aufgeklärt: der Polizistenmord in Heilbronn, die Verwicklung und das
 1848 Versagen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, die Verbindungen zwischen NSU und
 1849 faschistischen Gruppierungen im Land und die Vorgänge um den Ku-Klux-Klan in Schwäbisch Hall, in dem auch
 1850 Polizisten Mitglieder waren.

1851 Der Landtag hat einen NSU-Untersuchungsausschuss zwei Jahre zu spät eingesetzt. Und zwar, als das
 1852 Versagen von Behörden und Enquete-Kommission bereits offensichtlich wurde.

1853 Die Landesregierung spielt auf Zeit. Die verdeckte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nazistrukturen
 1854 muss beendet werden. Die V-Leute müssen abgeschaltet werden. Nach wie vor mangelt es an
 1855 Aufklärungswillen. DIE LINKE wird im nächsten Landtag Druck auf die Aufklärung machen, wie es uns auch in
 1856 anderen Bundesländern bereits gelungen ist.

1857 1858 **10.2. Kein Fußbreit den Rechten**

1859 Die extreme Rechte ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in Baden-Württemberg. Pegida,
 1860 die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, mobilisiert in einigen Städten gegen
 1861 eine phantasierte „Schwemme“ von Muslimen (tatsächlich beträgt ihr Anteil nur sechs Prozent der
 1862 Bevölkerung). Der rechte Kulturkampf richtet sich gegen Aufklärung und gleiche Rechte nicht nur in der
 1863 Schule. Die AFD und ihre Abspaltungen sind auch bei uns im Land aktiv.

1864 Das Muster ist alt: Pegida und AFD geben sich als Anwalt für die „kleinen Leute“. Tatsächlich bekämpfen sie
 1865 die sozialen Sicherungen, fordern freie Fahrt für Kapitalinteressen und bieten Sündenböcke an. Damit wirken
 1866 sie bis in die Mitte der Gesellschaft.

1867 1868 **DIE LINKE fordert:**

- 1869 • In den Parlamenten darf es keinerlei Zusammenarbeit mit Rassisten geben.
- 1870 • Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus müssen unterstützt werden.
- 1871 • Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen mehr Hilfe und Beratung.
- 1872 • Die Bildungsarbeit gegen antirassistische Inhalte und Einstellungsmuster muss verstärkt werden.

- 1873 • Die Themen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit müssen Teil der Ausbildung von
1874 Pädagoginnen und Pädagogen sein.
1875 • Rechtsextreme Gewalt- und Wiederholungstaten müssen konsequenter verfolgt werden.
1876

11. Für eine soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik – für finanzielle und politische Stärkung der Kommunen in Baden-Württemberg

1879
1880 Die Einkommen und Vermögen driften auseinander wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.
1881 Millionen Menschen erleben den sozialen Abstieg. Auch im reichen Baden-Württemberg. Gleichzeitig
1882 sprudeln die Unternehmensgewinne.

1883 Die Politik der Landesregierung ist einseitig auf Export orientiert. Die Agenda 2010 der rot-grünen
1884 Bundesregierung war darauf ausgerichtet, die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten massiv zu
1885 verschlechtern und so Löhne und das allgemeine Einkommensniveau der Bevölkerung zu senken. Gleichzeitig
1886 wurden Unternehmer und Wohlhabende begünstigt. So wurde der deutschen Exportwirtschaft
1887 Wettbewerbsvorteile verschafft. Die Ergebnisse waren sinkende Reallöhne und das Ansteigen der Armut, vor
1888 allem in nicht durch Tarifvertrag abgesicherten Bereichen. Die Binnenkonjunktur wurde geschwächt.
1889 Normalarbeitsverhältnisse, von denen Beschäftigte ihren Lebensunterhalt auskömmlich sichern und ihre
1890 Familien ernähren können, wurden und werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt.
1891 International sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische
1892 Ungleichgewichte entstanden, die in der Euro-Krise sichtbar wurden. Den Kommunen wurde durch die
1893 Steuerpolitik sowohl rot-grüner als auch schwarz-roter und schwarz-gelber Bundesregierungen die finanzielle
1894 Grundlage für eine gute, gemeinwohlorientierte Arbeit entzogen. Gleichzeitig bekamen sie mehr Aufgaben
1895 auferlegt. DIE LINKE will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der
1896 Menschen verpflichtet ist.

11.1. Wirtschaft für die Zukunft: sozial und ökologisch

1897
1898 Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich nur sichern, wenn Weichen für eine zukunftsfähige
1899 Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich dafür gesorgt wird, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze
1900 erhalten und zukunftsfest ausgebaut werden.
1901 DIE LINKE will mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm die öffentliche Daseinsvorsorge stärken: Bereits
1902 privatisierte Bereiche rekommunalisieren, den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr ausbauen, die
1903 Gesundheitsversorgung verbessern. Vor allem muss mehr Geld für die personelle und sachliche Ausgestaltung
1904 von Bildung und Sozialem bereitgestellt werden.
1905

- 1906
- Den ökologischen Umbau voranbringen: Wir wollen, dass regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung ausgebaut und neue Technologien erforscht werden. Die stärkere Ausrichtung der Automobilindustrie auf umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung und Produktion sichert Arbeitsplätze und Zukunftschancen.
 - Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken: Kindertagesstätten und Horte ausbauen und die Situation der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.
 - Der soziale Wohnungsbau muss dauerhaft wiederbelebt werden.

Demokratisierung der Wirtschaft

1915
1916 Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften und den Einfluss der öffentlichen Hand im
1917 Wirtschaftsleben fördern. Um die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten zu stärken und
1918 die Gründung von Betriebs- und Personalräten zu unterstützen, wollen wir eine Arbeitnehmerkammer
1919 einrichten, die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte berät, allgemeine Rechtsberatung und politische
1920 Bildungsveranstaltungen anbietet und dem Landtag einen jährlichen Bericht zur Lage der lohnabhängig
1921 Beschäftigten und ihrer Familien vorlegt.

Wirtschaftsförderung neu ausrichten

1922
1923 Die Wirtschaftsförderung des Landes muss neu ausgerichtet und stärker sozialen Zielen und dem Erhalt von
1924 Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Bei Insolvenzen und Massenentlassungen muss die Landesregierung aktiv
1925 eingreifen.
1926

1927 DIE LINKE will ein Programm, das Belegschaftsübernahmen fördert und unterstützt. Zudem soll in die
1928 Förderrichtlinien der Landeskreditbank Baden-Württemberg -Förderbank einfließen, dass Unternehmen, die
1929 Lohndumping betreiben oder Umweltstandards unterlaufen, keine öffentliche Förderung bekommen. In der
1930 Gründungs- und Nachfolgeberatung sollen offensiv genossenschaftliche Formen, zum Beispiel auch
1931 Genossenschaften von Mitarbeitenden, in die Information und Beratung einfließen.

1932

1933 **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

1934 DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die
1935 dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale
1936 Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln
1937 aufrechtzuerhalten, sollten vom Land unterstützt werden. Eine wichtige Rolle spielt hier, die öffentliche
1938 Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen
1939 Personenverkehrs zu erhalten und auszubauen. So lassen sich Arbeitsplätze vor Ort sichern und schaffen
1940 sowie Verkehrswege reduzieren.

1941

1942 **CETA, TTIP und Co. verhindern!**

1943 Seit Jahren verhandeln Technokratinnen und Technokraten der EU-Kommission und Wirtschaftslobbyistinnen
1944 und -lobbyisten hinter verschlossenen Türen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada
1945 (CETA) sowie der EU und den USA (TTIP). Parallel zu CETA/TTIP wird seit 2012 das multilaterale
1946 Dienstleistungsabkommen (TiSA) verhandelt. TiSA hat – eingeschränkt auf Dienstleistungen – die gleichen
1947 Ziele wie CETA/TTIP.

1948 Mit TTIP, CETA und TISA werden völkerrechtlich bindende Verträge geschaffen, die die beteiligten Staaten
1949 vollständig dem Markt ausliefern und die bürgerliche Demokratie amputieren. Es geht nur nachgeordnet um
1950 den Abbau von Zöllen. Es geht vielmehr um den Abbau von so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen
1951 und den ungezügelt Marktzugang für Unternehmen. Das heißt: Alle nationalen Gesetze, Vorschriften,
1952 Standards etcetera stehen auf dem Prüfstand, ob sie dem Marktzugang ausländischer Unternehmen
1953 entgegenstehen könnten. Das heißt auch: Es entsteht ein enormer Preis- und Konkurrenzdruck und ein
1954 Verdrängungswettbewerb, der sich negativ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen auswirken wird und dem
1955 gerade kleinere Unternehmen in der Regel nicht standhalten können.

1956 Mit CETA/TTIP wird in Deutschland die „marktgerechte Demokratie“ (Angela Merkel) Wirklichkeit.

1957 Kommenden politischen Mehrheiten wird damit die Freiheit der Entscheidung genommen. Dies ist ein Angriff
1958 auf unsere Demokratie! Treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards
1959 über Bord geworfen.

1960 Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse würden aufgehoben oder auf ein zwischen den
1961 beteiligten Staaten vereinbartes Mindestmaß reduziert, wie zum Beispiel der Daten-, Verbraucher-, Umwelt-
1962 und Arbeitsschutz.

1963

1964 **Für Baden-Württemberg bedeutet das:**

- 1965 • Eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der öffentlichen
1966 Daseinsfürsorge wäre nach Inkrafttreten von TTIP, TISA und CETA unmöglich.
- 1967 • Die Sonderstellung der Sparkassen (Gemeinwohlorientierung, kommunale Trägerschaft,
1968 Regionalprinzip) wäre in Gefahr.
- 1969 • Kommunale Interessen bei öffentlichen Ausschreibungen wären gefährdet. Beispiele sind die im
1970 Mindestlohn- und Tariftreuegesetz vorgesehenen Bindungen an Tariftreue und Mindestlohn.
- 1971 • Alle Maßnahmen, die der Begrenzung der Mietpreise dienen sollen (zum Beispiel Vorgaben für den
1972 sozialen Wohnungsbau und soziale Erhaltungsverordnungen), können zu Schiedsgerichtsklagen wegen
1973 „entgangener Gewinne“ führen.

1974

1975 DIE LINKE will, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg und in der EU erhalten und
1976 verbessert wird sowie unter demokratischer Kontrolle bleibt. Arbeit, Soziales, Bildung,
1977 Gesundheitsversorgung, Pflege und Kultur dürfen nicht zum Spielball von Konzerninteressen werden. CETA,
1978 TTIP und TiSA können wir nur gemeinsam in einem Bündnis von Initiativen, Verbänden und engagierten
1979 Einzelpersonen verhindern.

1980

1981 **11.2. Soziale Politik und Zukunftsinvestitionen finanzieren**

1982 DIE LINKE steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Der Dreiklang von Konsolidieren, Sanieren und
1983 Investieren, auf den sich die jetzige Koalition beruft, wird scheitern, da man sich einseitig auf die
1984 Ausgabenseite konzentriert. Die jetzige Landesregierung erreicht nur durch Personalabbau, Niedrigzinsphase
1985 und mit allerlei Haushaltstricks die „schwarze Null“ für 2016. Mehr als 5000 Stellen sind unter Grünen und
1986 SPD bereits im Landesdienst weggefallen. Die Ausgaben für das aktive Personal sind von 31 Prozent an den
1987 Gesamtausgaben auf nur noch 27 Prozent gefallen.

1988 Gerade der Umbau des Schulsystems zu mehr Gemeinschaftsschulen und zur inklusiven Bildung ist ohne
1989 zusätzliches Geld nicht zu bewerkstelligen. Auch der kommunale Investitionsstau ist alarmierend.

1990 Die Einnahmesituation auf Landesebene lässt sich aber nur sehr bedingt verändern. Das darf aber keine
1991 Ausrede für Untätigkeit sein. Die Möglichkeiten, die es gibt, müssen konsequent genutzt werden. Soziale
1992 Politik und Zukunftsinvestitionen sind ohne Mehreinnahmen nicht zu haben. Die sind möglich durch:

1993

1994 **Die Millionärsteuer**

1995 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung im Bundesrat die Initiative für die
1996 Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Gestalt der Millionärsteuer ergreift. Wenn das Vermögen eine
1997 Million Euro übersteigt, soll es mit fünf Prozent besteuert werden. Allein mit dieser Millionärsteuer wären
1998 jährliche Mehreinnahmen von mehr als 80 Milliarden Euro bundesweit möglich. Da diese Vermögenssteuer
1999 eine Ländersteuer ist, fließt sie direkt in die Kassen der Länder. Damit wären in Baden-Württemberg
2000 zusätzliche Einnahmen von mehr als zehn Milliarden Euro möglich

2001

2002 **Eine Gemeindegewerbesteuer**

2003 DIE LINKE will die Gewerbesteuer erhalten und zu einer Gemeindegewerbesteuer ausbauen. Alle Betriebe
2004 und gut verdienende Selbständige, zum Beispiel Notare und Architekten, sollen in Zukunft einen Beitrag zur
2005 Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. Auf Baden-Württemberg umgerechnet sind mehr als eine
2006 Milliarde Euro zusätzliche Einnahmen möglich.

2007

2008 **Die Erbschaftsteuer**

2009 Rund 200 Milliarden Euro werden zurzeit jährlich in Deutschland vererbt, Tendenz steigend. Auch nach der
2010 letzten Reform der Erbschaftssteuer werden große Vermögen, die vorrangig aus Betriebsvermögen bestehen,
2011 weiter stark privilegiert. DIE LINKE will mit der Erbschaftssteuer zusätzliche Einnahmen für die öffentliche
2012 Hand erzielen. Unsere Zielmarke liegt bei einem zusätzlichen Steueraufkommen von mindestens acht
2013 Milliarden Euro. Da die Erbschaftssteuer auch eine Ländersteuer ist, würde dies für Baden-Württemberg zu
2014 Mehreinnahmen von etwa einer Milliarde Euro führen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
2015 Landesregierung im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreift. In jedem Fall wenden wir uns dagegen,
2016 dass von Baden-Württemberg aus – so geschehen durch Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) –
2017 Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch noch rechts überholt wird bei der Ausgestaltung eines neuen
2018 Gesetzes zur Erbschaftssteuer.

2019

2020 Allein mit den genannten drei Steuererhöhungen könnten dem Land Baden-Württemberg zusätzliche
2021 Einnahmen von mehr als zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

2022

2023 **11.3. Unsere Kommunen brauchen Zukunft**

2024 Aktuell haben wir in Deutschland die höchsten Steuereinnahmen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.
2025 Trotzdem verkommt in unseren Städten und Gemeinden die soziale Infrastruktur: Kitas und Schulen werden
2026 nicht rechtzeitig saniert, Schwimmbäder werden privatisiert oder ganz geschlossen, Krankenhäuser an
2027 Konzerne verhöckert. Anstelle von Fachkräften werden Ehrenamtliche und Beschäftigte im Niedriglohn
2028 eingesetzt. Die Arbeit in den Ämtern wird verdichtet, so dass der Krankenstand steigt. Hochwasserschutz und
2029 Ersatz maroder Brücken werden seit Jahren verschleppt, von Bürgerhäusern und Jugendzentren ganz zu
2030 schweigen. Von den bundesweit 130 Milliarden Euro Investitionsstau in den Kommunen entfallen allein 30
2031 Milliarden Euro auf Baden-Württemberg, eines der reichsten Bundesländer. Dies ist das Ergebnis von 30
2032 Jahren neoliberaler Umverteilungspolitik von unten nach oben.

2033 Dadurch werden die Kommunen als soziale und demokratische Grundeinheit unserer Gesellschaft, die für
2034 gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Flächenland sorgen soll, infrage gestellt. Hier findet die
2035 Daseinsvorsorge der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Abfall und Abwasser, Wohnungen, öffentlichem
2036 Verkehr, Erziehung, Sport und Kultur, Gesundheit und Pflege statt.

2037 DIE LINKE tritt dafür ein, dass diese Grundbedürfnisse allen zugänglich sind – unabhängig von ihrem
2038 Geldbeutel. Deshalb gehören sie in öffentliche Hand und müssen über gewählte Organe demokratisch
2039 kontrolliert werden. Die Gebühren müssen sozial gestaffelt sein. Jede Form von Privatisierung lehnen wir ab.
2040 Die Kommunen sind zugleich der Ort, an dem Demokratie konkret erlebt und gestaltet werden kann. Die
2041 Erfahrung zeigt: Hier kann ich als Politiker noch am meisten beeinflussen, hier kann ich mit Bürgerbegehren,
2042 Bürgerentscheiden, Bürgerhaushalten und Aktionen meine Interessen direkt einbringen.

2043

2044 **Die Herausforderungen sozial und demokratisch anpacken**

2045 Auf unser Land kommen in den nächsten Jahren gewaltige Herausforderungen zu: Jahrelang hat die alte CDU-
2046 FDP-Regierung den Ausbau der Kitas verschleppt. Die Grund- und Gemeinschaftsschulen müssen dringend
2047 saniert und zu inklusiven Ganztagschulen ausgebaut werden, sie brauchen wesentlich mehr Räume. In vielen
2048 Gemeinden haben wir Schlaglochachterbahnen statt moderner Infrastruktur. Der Individualverkehr verstopft
2049 die Straßen, weil ein zeitgemäßer Öffentlicher Personennahverkehr und preisgünstige, überregionale
2050 Verkehrsverbünde von der Auto-Lobby verhindert werden. Der Bau von preiswerten Wohnungen gerade in
2051 den Städten ist fast völlig zum Erliegen gekommen. Der zunehmenden Landflucht und Verödung von ganzen
2052 Landstrichen muss durch Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe begegnet werden. Junge Familien
2053 brauchen auf dem Land attraktive Bildungseinrichtungen (Kitas und weiterführende Schulen) und guten
2054 Nahverkehr. Immer mehr und immer ältere Menschen brauchen Pflegeplätze und Betreuung. Die
2055 Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und darf die Finanznot der
2056 Kommunen nicht zusätzlich verschärfen.

2057

2058

2059

2060 **Die Finanzkraft der Kommunen stärken**

2061 Von neoliberalen Politikern wurde die große Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 missbraucht, um den
2062 Kommunen noch mehr Aufgaben aufzubürden und sie finanziell noch stärker von der Bundes- und
2063 Landespolitik abhängig zu machen. Damit wollten sie ihre Rotstiftpolitik im sozialen Bereich leichter
2064 durchsetzen. Die Kommunen finanzieren sich zu mehr als der Hälfte über die grundgesetzlich verankerte
2065 Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Doch das reicht nicht. Von 1100
2066 Kommunen in Baden-Württemberg sind nur etwa 50 schuldenfrei. Das zeigt, dass sie mit der doppelten
2067 Belastung, den großen Investitionsstau abzutragen und die neuen Aufgaben zu lösen, finanziell überfordert
2068 sind. „Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen!“ - dieses Konnexitätsprinzip mussten die Kommunen
2069 in Baden-Württemberg erst vor dem Staatsgerichtshof erstreiten, bis es endlich 2008 in die Landesverfassung
2070 aufgenommen wurde. Bis heute wird dieser Grundsatz von der Landesregierung etwa beim Kita-Ausbau und
2071 bei der Flüchtlingsaufnahme nicht eingehalten.

2072

2073 Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer
2074 weiterzuentwickeln. Um ihre Konjunkturabhängigkeit zu mildern, sollen ertragsunabhängige Elemente wie
2075 Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in voller Höhe in die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer
2076 einbezogen und alle Schuldzinsen hinzugerechnet werden. In die Steuerpflicht soll jede selbständige
2077 nachhaltige Betätigung eingezogen werden – auch die von Freiberuflern wie Ärzten, Anwälten und
2078 Architekten. Die Belastung kann auf die Einkommenssteuer angerechnet werden. Soziale Belange kleiner
2079 Unternehmen und von Existenzgründerinnen und Existenzgründern müssen berücksichtigt werden.
2080 Außerdem muss der Kommunalanteil an den Gemeinschaftssteuern deutlich erhöht werden, um die
2081 Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.
2082 Insgesamt brauchen unsere Kommunen eine nachhaltige Stabilisierung ihrer Gemeindefinanzen.

2083

2084 **12. Für eine soziale und ökologische Wende im Land**

2085

2086 **12.1. Regionale Strukturpolitik und Energiewende**

2087 Viele hatten sich von der neuen grün-roten-Regierung – besonders auch in Umweltfragen – einen
2088 Politikwechsel erhofft. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Davon zeugt, dass Stuttgart 21 weitergebaut
2089 wird. Fukushima ist offensichtlich schon vergessen: Die Atomreaktoren Philippsburg 2 und Neckarwestheim 2
2090 sind immer noch am Netz. Auch die Nuklearforschung an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe geht
2091 weiter. Weder beim Ausbau der Windenergie noch bei der Photovoltaik konnten nennenswerte Durchbrüche

2092 erreicht werden. Fehlanzeige auch in der Gebäudesanierung: Statt der im Wahlprogramm versprochenen drei
2093 bis vier Prozent wird nicht einmal ein Prozent erreicht.

2094 DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch
2095 ausgestaltet ist: Wir wollen die Energieversorgung in die Kommunen, öffentliche Hand und Genossenschaften
2096 holen. Wir wollen Bioenergiedörfer fördern, die ihre eigenen Energiekreisläufe haben. Wir treten dafür ein,
2097 dass die Klimaschutzziele eingehalten werden.

2098 Auf lange Sicht wollen wir die Industrie insgesamt ökologisch und sozial umgestalten. Wir müssen den
2099 zukünftigen Generationen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben sichern. Dazu muss der Verbrauch
2100 von Ressourcen und Energie, Boden und Wasser der Regenerationsfähigkeit unserer Erde Rechnung tragen.
2101 Menschen mit niedrigem Einkommen sind Umweltverschmutzungen stärker ausgesetzt: Wer Geld hat, lebt im
2102 Allgemeinen an Orten ohne negative Umwelteinflüsse. Die Wohnungen von Menschen mit niedrigem
2103 Einkommen hingegen befinden sich oft an Hauptverkehrsstraßen, in Stuttgart „unten im Kessel“ oder in der
2104 Nähe von Industriegebieten.

2105
2106 **DIE LINKE fordert:**

- 2107 • Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den
2108 jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom
2109 erhält, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs abdeckt (eine Regelung, wie es sie zum
2110 Beispiel in Belgien schon gibt). Der über einen durchschnittlichen Verbrauch hinausgehende
2111 Stromverbrauch würde teurer als heute. Damit werden Anreize für sparsame Stromverwendung
2112 geschaffen und gleichzeitig einkommensschwache Haushalte gestützt.
- 2113 • Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren.
- 2114 • Die Gaspreiskontrolle muss wieder eingeführt werden.
- 2115 • Als Sofortmaßnahme will DIE LINKE ein Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung
2116 landeseigener Immobilien auflegen.
- 2117 • DIE LINKE fordert, ein progressives Tarifmodell einzuführen, so dass Einsparung honoriert und ein
2118 hoher Verbrauch sanktioniert wird.
- 2119 • Atomausstieg – jetzt! Die Atommeiler müssen endlich vom Netz genommen werden!

2120
2121 Die kommunalen Stadtwerke sind ein wichtiger Pfeiler der Energiewende: Sie bieten die Möglichkeit, den
2122 ökologischen Umbau mit sozialer Teilhabe, lokaler Wertschöpfung und demokratischer Gestaltungsmacht
2123 gleichermaßen zu verwirklichen. DIE LINKE unterstützt deshalb örtliche Initiativen beim Kampf um die
2124 Rekommunalisierung der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wassernetze als Teil der öffentlichen
2125 Daseinsvorsorge.

2126 Die Kommunen sollen die gesamte Betriebsführung der lokalen Versorgungsnetze wieder selbst übernehmen.
2127 Dies kann auch durch ein Konsortium von Stadtwerken flächendeckend gemeinsam gelöst werden. Damit
2128 wird gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger ortsnah, sicher und kostengünstig mit Energie versorgt
2129 werden. Mittelfristig sollen die Stadtwerke ein Konzept von der Produktion über die Verteilung bis zum
2130 eigenständigen Vertrieb von Gas, Wasser, Strom und Abwasser erarbeiten. Ein Rückkauf der Netze wie in
2131 Thüringen durch einen Verbund von Stadtwerken könnte auch in Baden-Württemberg sinnvoll sein.
2132 Wir wollen, dass Energie künftig dezentral in kleineren, ökologisch verantwortbaren und ökonomisch
2133 sinnvollen Einheiten erzeugt wird. Damit können Leitungsverluste und der Ausbau kostspieliger Nord-Süd-
2134 Trassen reduziert werden. Die schwankende Produktion von Wind- und Solarenergie kann mit intelligent
2135 gesteuerten Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen (KWK) dem aktuellen Bedarf angepasst werden. Eine dezentrale
2136 Energiewende ermöglicht lokale Wertschöpfung durch Aufträge an Dachdecker, Fassaden- und
2137 Heizungsbauer sowie Bauunternehmen. Dies schafft Arbeitsplätze und erhöht die Kaufkraft der Bevölkerung.
2138 Zur Beratung und Kontrolle der Stadtwerke sollen Energiebeiräte eingerichtet werden. Die Energiebeiräte
2139 sollten mit Vertretern der Beschäftigten und mit Umwelt-, Sozial- und Verbraucherverbänden besetzt sein.

2140
2141 **Die EnBW muss zum Akteur der Energiewende werden**

2142 Die Landesregierung versucht, die EnBW als Global Player im Energiesektor zu stärken. Die Privatisierung des
2143 Energiesektors ist ein Fehler. Atomunfälle und der kaum gebremste Ausstoß von Treibhausgasen zeigen, dass
2144 ein sozialer und ökologischer Wandel so nicht funktioniert.

2145

- DIE LINKE will die EnBW vom Kapitalmarkt nehmen und in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen oder eine Stiftung umzuwandeln. Investitionen werden auf regenerative Energien beschränkt.
- Die EnBW soll einen Kohleausstiegsplan vorlegen. Solange die EnBW noch konventionelle Kraftwerke betreibt, sollen sie in einer speziellen Unternehmenssektion zusammengefasst werden.
- Wenn dezentrale Aktivitäten des Konzerns von kommunalen Stadtwerken besser geleistet werden können, sollen sie die Beschäftigten der EnBW zu den Bedingungen der Tarifverträge der Energiewirtschaft für kommunale Beschäftigte übernehmen.

Energie und Ressourcen einsparen

Etwa 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Baden-Württemberg entsteht durch Heizung und Warmwasseraufbereitung. Hier bieten sich große Einsparpotenziale, die zum einen stetig steigende Mietnebenkosten reduzieren und Aufträge für das Handwerk bringen würden. 70 Prozent aller Gebäude sind ohne Vorgaben zur Wärmedämmung errichtet worden. Die jährliche Sanierungsquote sollte daher auf bis zu vier Prozent des Bestandes angehoben werden.

DIE LINKE schlägt dazu ein öffentliches Investitionsprogramm vor. Neubauten sollen grundsätzlich als „Aktivhäuser“ konzipiert werden. Wir treten für dezentrale und umweltverträgliche Abfallbehandlungsverfahren anstelle von Müllverbrennung ein. Recyceln ist besser als verbrennen. Müllverbrennung ist keine umweltschonende Energiegewinnung, sondern aufgrund des produzierten Feinstaubes gesundheitsgefährdend!

12.2. Mobilität für alle – mit weniger Verkehr

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Mobilität ist nicht gleich Verkehr. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in Wohnungen und Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. In der Erwerbsarbeit und vom Jobcenter wird Mobilität als Anforderung formuliert: Die Einzelnen sollen bereit sein, weite Strecken zu pendeln. Mobilität wird immer teurer. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Wir wollen Mobilität so gestalten, dass sie nachhaltig ist und möglichst wenig Umweltschäden verursacht. Niemand soll ausgeschlossen sein. Die Städte und ihre Infrastruktur sollen langsam auf lebenswerte Strukturen und kurze Wege umgestellt werden. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und ressourcensparsame Verkehrsmittel. Doch derzeit ist das Gegenteil zu beobachten: Zunehmend wird Infrastruktur zentralisiert. Ausbildung und weiterführende Schulen werden verlagert, kleine Nahversorger durch mächtige Discounter verdrängt. Mit der Zentralisierung entsteht mehr Verkehr. Wer vom Dorf in die Städte will, muss lange Strecken pendeln, meist mit dem Automobil. Auch die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs steht für eine Politik des Straßenausbaus, der Versiegelung von Böden und der Zerschneidung von Naturräumen.

Das Rückgrat eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts ist der vernetzte Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn. Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Statt öder Asphaltwüste wollen wir Naherholung und Stadtgrün. In den Städten wollen wir, dass verkehrsberuhigte Anwohnerbereiche systematisch ausgeweitet und städtische und regionale Umweltzonen eingeführt werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

DIE LINKE fordert:

- Einen landesweiten integralen Taktfahrplan.
- Stuttgart 21 muss sofort beendet werden, es frisst notwendige Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Diese Mittel könnten dann in die Infrastruktur der Bahn, die Leit- und Sicherheitstechnik und Bahnhöfe gesteckt werden.
- Die Realisierung des Projekts K21 im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der Filstaltrasse nach Ulm muss Priorität haben, ebenso der Ausbau der Rheintalstrecke mit der dazu nötigen Tunnelstrecke durch Rastatt und der Trassenführung im Breisgau entlang der Autobahn.
- Wir wollen weitere Strecken elektrifizieren, ausbauen und wiederbeleben: Ulm-Friedrichshafen-Lindau und Ulm-Wertheim-Aschaffenburg; Aalen-Ulm; die Bodensee-Gürtelbahn und die Hoahrheinbahn, die Reaktivierung der Strecke Calw-Weil der Stadt sowie der zweigleisige Ausbau der

2199 Gäu- und der Murrbahn und der Strecke Friedrichshafen-Lindau, ebenso die Schnellbahnstrecke
2200 Mannheim-Frankfurt.

2201
2202 **Güterverkehr auf die Schiene**

- 2203 • Güter gehören auf die Schiene. Deshalb sind Güterlogistikzentren mit Schienenanschluss intelligent
2204 zu planen und zu sichern. Neue Logistikflächen ohne Schienenanschlüsse darf es zukünftig nicht mehr
2205 geben.
- 2206 • Unternehmen, die das öffentliche Straßensystem als Verlängerung ihres Fließbands benutzen, um
2207 Kosten für die Lagerhaltung einzusparen (Just-in-time-/ just-in-sequence-Produktion), sollen zukünftig
2208 hierfür angemessene Gebühren entrichten.
- 2209 • Der termingerechte Ausbau der autobahnparallelen Rheintal-Güterbahnstrecke muss sichergestellt
2210 werden.

2211
2212 **Straßenverkehr**

2213 Dass Individualverkehr immer noch vorrangig übers (eigene) Auto läuft, macht keinen Sinn. Weder mit Blick
2214 auf Energie- und Ressourcenverbrauch, noch mit Blick auf die Verkehrswege. Dauerstau und Verkehrskollaps
2215 lassen sich nicht durch immer mehr Straßenfläche lösen. Schon heute sind die verkehrsbedingten Umwelt-
2216 und Gesundheitsschäden immens. Elektroautos sind keine nachhaltige Alternative, die größte
2217 Umweltbelastung entsteht in der Produktion der Autos.

2218
2219 **DIE LINKE fordert:**

- 2220 • Die Ressourcen müssen vorrangig dafür eingesetzt werden, Straßen zu erhalten, nicht neue zu
2221 bauen.
- 2222 • Anstelle der bisherigen Gießkannenförderung der Elektromobilität wollen wir die vorhandenen
2223 Mittel auf die Vernetzung von Verkehrssystemen (Intermodalität) konzentrieren.
- 2224 • Wir lehnen den Einsatz von Gigalinern, also LKW mit Überlänge, auch in der neuen leicht
2225 reduzierten Variante ab. Diese Fahrzeuge schädigen noch stärker die Straßen, erhöhen den
2226 Erhaltungsaufwand und die Konkurrenz zur umweltfreundlicheren Schiene.
- 2227 • Die Landesregierung weigert sich, im Ballungsraum Stuttgart Verkehrsvermeidungsmaßnahmen zu
2228 treffen und Fahrverbote zu erlassen, um die gesundheitsschädigenden Feinstaub- und Stickoxid-
2229 Grenzwerte zu senken. Das hat 2014 zu einem Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission
2230 geführt. DIE LINKE wird hier zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger Druck machen.

2231
2232 Der ÖPNV muss endlich als Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge anerkannt werden. Das Angebot muss
2233 deutlich ausgeweitet und die Qualität durch hohe Standards verbessert werden. Wir machen uns stark für
2234 einen landesweiten Verkehrsverbund. Mittelfristig strebt DIE LINKE einen solidarisch finanzierten, ticketfreien
2235 ÖPNV an, um die soziale Teilhabe sicherzustellen und einen klaren Anreiz zum Umsteigen zu schaffen.

- 2236
2237 • Landeszuschüsse für Verkehrsverbände müssen an das Angebot eines Sozialtickets gekoppelt
2238 werden.
- 2239 • Wir wollen das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) so verändern, dass die Quote
2240 für Zuschüsse erhöht wird.
- 2241 • Vergabeverfahren müssen transparent sein und sämtliche Verträge offengelegt werden.
- 2242 • Bürgerbahn statt Börsenbahn: DIE LINKE lehnt die Privatisierung der Deutschen Bahn ebenso ab
2243 wie von anderen kommunalen Verkehrsbetrieben in Baden-Württemberg. Die Verkehrsbetriebe sind
2244 gerade im ländlichen Raum Teil der Grundversorgung.
- 2245 • Wir wollen Voraussetzungen für autofreie Modell-Stadtteile schaffen.
- 2246 • DIE LINKE fordert Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, unter anderem die Ausweitung von Tempo
2247 30 und Tempo 40-Zonen auf Durchfahrtsstraßen und in Innenstädten. Ebenso wollen wir
2248 verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten und in Versorgungsbereichen schaffen, etwa mit
2249 städtebaulichen Förderprogrammen.
- 2250 • Das Netz der Radwege wollen wir ausbauen. In den Kommunen, insbesondere an Bahnhöfen, soll
2251 es sichere Abstellmöglichkeiten geben.

- 2252 • Wir wollen eine einheitliche, kostenlose Fahrradmitnahme in den Zügen des ÖPNV in ganz Baden-
2253 Württemberg, außerdem die Fahrradmitnahmen in Bussen des Nahverkehrs fördern.
2254 • Der Landesentwicklungsplan soll mit dem Ziel, Verkehr zu vermeiden, fortgeschrieben werden.
2255 Dazu zählt die Sicherung der Nahversorgung in kleinen Gemeinden mit Lebensmitteln,
2256 Dienstleistungen der Grundversorgung und Gesundheitsdienstleistungen.
2257 • *Das auslaufende Gemeindefinanzierungsgesetz muss zwischen Bund und Ländern neu verhandelt*
2258 *werden. Schon jetzt stocken Bahnprojekte, weil die Mittel der Ko-Finanzierung 2019 auslaufen und das*
2259 *Land keine Risikoabsicherung für die Bundesanteile übernimmt.*
2260

Bis zur Einführung eines ticketfreien ÖPNV setzen wir uns ein für:

- 2261 • ein kostenfreies Jugend-Ticket für Schülerinnen und Studierende.
2262 • einen Landeszuschuss an die Verkehrsverbände zur Förderung von Sozialtickets, wie es die
2263 Landesregierung in NRW praktiziert.
2264 • um ein bedarfsorientierten Angebots auch jenseits des Linienverkehrs zu schaffen, wollen wir eine
2265 bessere Förderung von Bürgerbussen und Rufbussen als niederschwelliges und flexibles ÖPNV-
2266 Angebot.
2267 • Wir wollen eine Anbieter-offene Mobilitätskarte für Baden-Württemberg, um Bus, Bahn, Car-
2268 Sharing, Fahrradverleih, Taxis und weitere öffentliche Verkehrsangebote und mobilitätsnahe
2269 Dienstleistungen vernetzen zu können.
2270
2271

Barrierefreiheit

2272 Das Land muss die Barrierefreiheit als Querschnittsthema voranbringen. Das gilt besonders für den
2273 Schienenverkehr und Verkehrsknotenpunkte. Es gibt große Defizite, besonders bei Orientierungshilfen für
2274 blinde und sehbehinderte Menschen. Es müssen Landesstandards zur Barrierefreiheit entwickelt werden.
2275
2276

Luftverkehr

- 2277 • Flughäfen dürfen in Leistungsumfang und Fläche nicht weiter ausgebaut werden.
2278 • Die Kerosinbesteuerung muss zur Deckung der ökologischen Lasten des Flugverkehrs führen.
2279 • Wir fordern einen Fluglärmmaktionsplan: Verbesserungen beim Lärmschutz bei Starts und
2280 Landungen. Die Manipulation an der Lärmschutzstatistik muss beendet werden. So wird etwa derzeit
2281 die Zahl der Einzelbeschwerden auf fünf begrenzt.
2282 • Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, besonders für stadtnahe Räume.
2283 Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden. Es gilt auch für
2284 amerikanische Militärbasen (EUCOM AFRICOM) und militärische Übungen.
2285 • Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und
2286 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
2287
2288

12.3. Landwirtschaft und Forsten

Landwirtschaft

2292 Aus den bäuerlichen Familienbetrieben in der Landwirtschaft sind in den letzten Jahrzehnten immer mehr
2293 hoch technisierte und oft hoch verschuldete Betriebe entstanden. Sie sind oft zu immer weiterem Wachstum
2294 mit Massentierhaltung, stetig zunehmendem Energie-, Pestizid-, Düngemittel- und Medikamenteneinsatz und
2295 zu immer mehr Importen von energiereichen Futtermitteln gezwungen. „Wachsen oder weichen“ ist die
2296 Alternative, vor die Landwirte gestellt werden. Diese falsche Politik der CDU/FDP-Landesregierungen wird von
2297 Grün-Rot fortgeschrieben. Noch immer werden landwirtschaftliche Betriebe flächenbezogen subventioniert.
2298 Damit werden weiter die großen Betriebe der industrialisierten Landwirtschaft mehr gefördert als die
2299 Kleinbetriebe. Das wollen wir ändern!
2300

2301 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, vor der die Menschheit je stand. Allein die Land-,
2302 Forst- und Abfallwirtschaft stößt heute schon fast so viel klimaschädliche Gase aus, wie wir in Zukunft
2303 insgesamt ausstoßen dürfen. Daher müssen Rahmenbedingungen für eine ökologisch richtige
2304 Bodenbewirtschaftung geschaffen werden.

2305 Wir wollen Betriebe, die ökologisch tätig sind, zum Ausgleich für entgangene Einnahmen finanziell fördern.
2306 Auch Betriebe, die unwirtschaftliche Steillagen und Böden mit geringer Bonität bewirtschaften, sollen
2307 unterstützt werden. Der ruinöse Wettbewerb in der Landwirtschaft führt dazu, dass für viele Landwirte der
2308 Arbeitstag kaum endet. Sozialversicherung und gute Arbeit in der Landwirtschaft sind für viele unbekannt. DIE
2309 LINKE setzt sich deshalb für eine gerechte Entlohnung durch ehrliche Preise für alle Beschäftigten in der
2310 Landwirtschaft ein.

2311

2312 **DIE LINKE fordert:**

- 2313 • Der Zugang zu gesunden, ökologischen und fair produzierten Nahrungsmitteln muss für alle
- 2314 möglich sein.
- 2315 • Anreize für landwirtschaftliche Betriebe, auf eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung
- 2316 umzustellen.
- 2317 • die Förderung der regionalen Vermarktung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- 2318 • Produktionsmengen zu decken, das Grundwasser zu schützen und Futtermittelimporte zu
- 2319 vermindern – etwa durch das Festlegen von Höchstquoten für das Verhältnis von Tierbestand und
- 2320 Wirtschaftsfläche.
- 2321 • genmanipuliertes Saat- und Pflanzengut und den Import genmanipulierter Produkte zu verbieten.
- 2322 • Geld für die Erforschung natürlicher Pflanzenschutzmittel.
- 2323 • Schärfere Vorschriften zur Tierhaltung, um Massentierhaltung einzuschränken.
- 2324 • Strenge Regeln für den Einsatz von Medikamenten in der Tieraufzucht, vor allem von Antibiotika.
- 2325 • die Regionale Autonomie bei Lebensmitteln, eine Verteuerung des Transports von Lebensmitteln
- 2326 und Unabhängigkeit vom Import biologisch erzeugter Lebensmittel.
- 2327 • die Förderung des Bewusstseins für gesunde Ernährung auch in Bildungseinrichtungen.
- 2328 • die Förderung des Urban Gardening.

2329

2330 **Die Forstwirtschaft – mehr als nur Holzproduzent**

2331 Die Forstwirtschaft dient nicht nur der Holzproduktion, sondern ebenso dem Schutz der Artenvielfalt: Der
2332 Wald dient als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre (Wiederaufforstung), der
2333 Luftreinhaltung und als Erholungsgebiet. Damit die Forstämter und privaten Forstbetriebe diese Ziele
2334 erreichen können, müssen sie eng zusammenarbeiten. Das Personal in den Forstämtern muss aufgestockt
2335 werden, damit die Mechanisierung in der Waldbewirtschaftung gemindert wird, um die Schädigung der
2336 Wälder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

2337

2338 **DIE LINKE fordert:**

- 2339 • Bodenschonende Abbaumethoden.
- 2340 • Mehr naturnahe Mischwälder statt anfälliger Monokulturen.
- 2341 • Mehr Personal in den Forstbehörden.
- 2342 • Keine Dumpinglöhne in der Forstwirtschaft.
- 2343 • Im Landeswaldgesetz sollen Standards für eine natur-, umwelt- und klimaverträgliche
- 2344 Forstwirtschaft festgeschrieben werden (gute fachliche Praxis). Dazu gehören besonders der Vorrang
- 2345 der Naturverjüngung vor forstlichen Pflanzungen, die Einzelstammnutzung und Femelschlag
- 2346 (Parzellen, Femelbetrieb ist eine Form des Auslichtens) vor flächigen Räumungen und angepasste
- 2347 Wilddichten.
- 2348 • Die Holzvorräte im Wald wie auch der Alt- und Totholzanteil müssen deutlich erhöht werden, denn
- 2349 naturnahe Wälder sind wichtige Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz.
- 2350 • Den Anteil der Bannwälder wollen wir erhöhen (In Baden-Württemberg sind Bannwälder
- 2351 Totalreservate, in denen jegliche Nutzung per Rechtsverordnung verboten ist), um die Ziele der
- 2352 Nationalen Strategie zur Sicherung der Biologischen Vielfalt zu erfüllen.

2353

2354 **12.4. Verbraucherschutz ausbauen**

2355 Transparenz ist nicht genug. Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte
2356 der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen stärken. Dabei geht es nicht nur um
2357 Informationsrechte, sondern auch darum, klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den
2358 Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchzusetzen.

2359 Gebührenfreiheit gehört ebenso dazu wie ein dezentrales Netz von Beratungsstellen und leicht verständliche
2360 Erklärungen der Produkte. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller
2361 durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für den Verbraucher
2362 transparent und verständlich sein.

2363

2364 **DIE LINKE fordert:**

- 2365 • Die Verbraucherzentrale besser auszustatten, ebenso die Veterinär- und
2366 Lebensmittelüberwachung. Wir wollen mehr Kontrollen und eine bessere Reaktionsfähigkeit.
- 2367 • Der Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit muss durch unabhängige Institute erfolgen.
- 2368 • eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel die
2369 Ampelkennzeichnung. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche erkennbar sein.

2370

2371 **Tierschutz stärken**

2372 Der Tierschutz gewinnt an Bedeutung, da er seit einigen Jahren als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist.
2373 Zahlreiche Lebensmittelskandale, unhaltbare Zustände bei der Massentierhaltung und die damit verbundene
2374 Umweltverschmutzung haben das Thema in die Öffentlichkeit gerückt. Auch sorgte unter anderem der
2375 Skandal um die Affenversuche in Tübingen für bundesweites Aufsehen und berechtigte Empörung. Das
2376 Bewusstsein in der Bevölkerung für einen aktiven Tierschutz wächst, denn Tierschutz geht uns alle an.

2377

2378 **Die LINKE fordert:**

- 2379 • alle Primatenversuche in Baden-Württemberg einzustellen.
- 2380 • eine schnelle Anpassung aller Zoologischen Einrichtungen an die 2014 erlassene
2381 Mindesthaltungsrichtlinie für Säugetiere des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.
- 2382 • kommunale Verbote von Zirkusbetrieben mit Wildtieren zu fördern. Viele Zirkusse haben bereits
2383 gezeigt, dass es auch ohne Tiere geht.
- 2384 • ein Gefahrtiergesetz. In vielen anderen Bundesländern dürfen giftige Schlangen oder gefährliche
2385 Tiere wie Tiger nicht mehr privat gehalten werden. In Baden-Württemberg dagegen ist der Bereich
2386 noch gänzlich unregelt.

2387

2388 **Tourismus – sanft und ökologisch**

2389 DIE LINKE folgt dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und Ressourcen
2390 schonenden Tourismus. Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen Nah- und
2391 Fernverkehr erschlossen werden. Wir befürworten die weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wander-, Wasser-
2392 und Reittourismus. Wir sehen Tourismuspolitik auch als Mittel zur Entwicklung der Naherholung für
2393 Menschen aus den städtischen Zentren. Der Tourismus soll umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden
2394 und auf Inklusion ausgerichtet sein.

2395

2396 **DIE LINKE fordert:**

- 2397 • Die Beschäftigten der Tourismusbranche müssen durch Tarif- und Mindestlöhne und
2398 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vor Lohndumping geschützt werden.
- 2399 • Wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, damit auch Menschen mit niedrigem Einkommen Reise-
2400 und Erholungsangebote nutzen können.
- 2401 • Schullandheimaufenthalte zu finanzieren.

2402

2403 **12.5. Unsere Lebensgrundlagen erhalten**

2404 Wir wollen den Naturschutz stärken und die Natur vor Privatisierung schützen. Mit Ausnahme von Umwelt-
2405 und Naturschutzverbänden als neuen Eigentümern sollen die geschützten Flächen in öffentlicher Hand
2406 bleiben. Der Flächenverbrauch muss reduziert werden. Wir brauchen mehr unzerschnittene verkehrssarme
2407 Landschaftsräume. Die durch den Straßenbau zerschnittenen Waldflächen müssen durch „Naturbrücken“
2408 wieder zu größeren zusammenhängenden Lebensräumen verbunden werden. Besonders schützenswerte
2409 Flächen wie Grünzüge und Grünzäsuren und Streuobstwiesen müssen vor jedem baulichen Eingriff bewahrt
2410 werden.

2411 Um Schutzgebiete zu erhalten und auszubauen und für Renaturierung müssen ausreichend Mittel zur
2412 Verfügung gestellt werden.

2413
2414
2415
2416
2417
2418
2419
2420
2421
2422
2423
2424
2425
2426
2427
2428
2429
2430
2431
2432
2433
2434
2435
2436
2437
2438
2439
2440
2441
2442
2443
2444
2445
2446
2447
2448
2449
2450
2451
2452
2453
2454
2455
2456
2457
2458
2459
2460
2461
2462
2463
2464
2465
2466
2467

DIE LINKE fordert:

- den Schutz der Biodiversität (Artenschutz) in die Landesverfassung aufzunehmen.
- ein Moorschutzprogramm zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel sind eine moorfördernde Landwirtschaft und die Renaturierung von Mooren in Baden-Württemberg.
- ein Landesprogramm zur Förderung der „Grünen Infrastruktur“ – die zeitnahe Vorlage und Umsetzung eines landesweiten, flächenscharfen und behördenverbindlichen Biotopverbundplanes für mindestens zehn Prozent der Landesfläche.
- die Umsetzung und Sicherung der Biotopverbundplanung in den Flächenplanungen im Land (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne, Bauleitpläne etcetera.).
- Wir brauchen ein Finanzierungsinstrument, um das Europäische Naturerbe Natura 2000 zu erhalten - eine EU-weite Pflichtaufgabe.
- Es wird ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufgebaut, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und besonders die Umsetzung der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete durch eine Beratung von Land- und Forstwirten und Organisation der Landschaftspflege organisieren.
- ein Einzelhandelsgesetz auf Landesebene zur Begrenzung von Shopping-Malls in Mittel- und Oberzentren.

13. Konsequente Friedenspolitik in Baden-Württemberg

DIE LINKE will Krieg und Militarisierung überwinden und lehnt deswegen Einsätze der Bundeswehr nicht nur im Ausland, sondern auch im Inneren ab. In den letzten Jahren wurden systematisch die Grenzen zwischen polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben aufgeweicht. Die LINKE fordert, auch als Konsequenz aus den Verbrechen des Dritten Reiches, eine klare Trennung dieser Bereiche.

Deswegen wollen wir auch die Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz strikt trennen. DIE LINKE Baden-Württemberg wendet sich dagegen, dass die einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der Bundeswehr im Inneren schleichend und kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.

Ein wesentlicher Baustein dafür ist die so genannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ). Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend Kommandos von Reservisten auf – allein vier Bezirksverbindungskommandos und 44 Kreisverbindungskommandos in Baden-Württemberg. Dazu kommen seit wenigen Jahren die sogenannten „Reserve und Unterstützungskräfte“ (RSUKr) in Bruchsal, Walldürn und Stetten am kalten Markt (bis 2016 noch Immendingen), die als größere Einheiten explizit für den Einsatz im Inneren aufgestellt werden. Sie sind zuständig für die ZMZ auf der Ebene von Regierungsbezirken beziehungsweise Kreisen und kreisfreien Städten. Vorgeblich geht es dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden beim Katastrophenschutz. Tatsächlich werden der zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war, auf diese Weise zusammengelegt. Konkret heißt das: Das Militär wurde durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre dauerhaft in die Katastrophenschutzstäbe der örtlichen und regionalen zivilen Verwaltungen eingebunden.

Damit droht die bisherige verfassungsrechtliche Ausnahme zum Normalzustand zu werden. Die Militärkommandos üben beständig mit zivilen Stellen, sammeln Kenntnisse und Informationen, haben Verbindungsbüros in Rathäusern und Landratsämtern. Offiziere bekommen maßgeblichen Einfluss auf Katastrophenschutzpläne und bestimmen mit, was Gefährdungen sind. Die Bundesregierung behält sich den Einsatz gegen Streikende und Demonstrierende ausdrücklich vor. DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt die Zivil-Militärische Zusammenarbeit entschieden ab.

Der zivile Katastrophenschutz darf nicht weiter kaputt gespart und seine Handlungsfähigkeit gefährdet werden: Länder und Kommunen sparen beim Rettungswesen, in der Hoffnung auf die Bundeswehrinfrastruktur. Sie hat jedoch im Notfall ihre eigenen Prioritäten. Auf dieser Grundlage lässt sich keine verlässliche Planung für den zivilen Katastrophenschutz entwickeln. Schon seit Jahren schiebt der zivile Katastrophenschutz einen großen Investitionsstau vor sich her.

2468

2469 DIE LINKE Baden-Württemberg spricht sich eindeutig gegen die Anwerbeversuche der Bundeswehr in
2470 Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen aus. Sie lehnt die Versuche, über Jugendoffiziere und aktive
2471 Reservisten auf die Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen Einfluss zu nehmen, entschieden ab. Momentan
2472 sind Offiziere regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen. In den Jobcentern warten sie auf
2473 Hartz-IV Empfängerinnen und -Empfänger unter 25. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die
2474 Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierungspolitik
2475 aus.

2476

2477 Baden-Württemberg muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden produziert,
2478 geforscht und entwickelt wird. „Gute Arbeit“ bedeutet für uns auch, dass Belegschaften nicht länger für Tod
2479 und Zerstörung produzieren müssen, sondern dass sie in den Prozess der Konversion ihrer Unternehmen in
2480 zivile Produktion einbezogen werden. Dies gilt für uns auch und besonders für diejenigen, die in so genannten
2481 „geschützten Werkstätten“ für militärisch relevante Produktion eingesetzt werden.

2482

2483 **DIE LINKE fordert:**

- 2484 • die vollständige Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und
2485 Kultusministerium, keine Beteiligung der Bundeswehr an der Ausbildung von Referendarinnen und
2486 Referendaren.
- 2487 • Die Landesregierung muss ihre Kooperation mit dem Landeskommmando der Bundeswehr beenden.
- 2488 • Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, muss der zivile
2489 Katastrophenschutz auf allen Ebenen erhalten und gestärkt werden: Dazu ist eine bessere
2490 Ausstattung mit Personal, Infrastruktur und Finanzen nötig. Die Mittel können auch aus dem Etat der
2491 Bundeswehr bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat entwickelt werden.
- 2492 • Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei
2493 Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen.
- 2494 • Die baden-württembergische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen
2495 Grundgesetzänderungen zur Militarisierung zur Wehr setzen. Auch die schleichende Militarisierung in
2496 Baden-Württemberg muss gestoppt werden.
- 2497 • Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr müssen sofort gekündigt werden: Die
2498 Bundeswehr, ihre Jugendoffiziere und Berufsberater haben in Schulen und Ämtern genauso wenig
2499 verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen.
- 2500 • Die Wirtschaftsförderung muss demilitarisiert werden: Es darf keine Subventionen und
2501 Fördergelder an Firmen und Konzerne in Baden-Württemberg geben, die an Rüstungsforschung und
2502 Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind.
- 2503 • den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften für
2504 den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie
2505 internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften.
- 2506 • ein Landesamt für Konversion und Abrüstung, das in Zusammenarbeit mit den betroffenen
2507 Belegschaften, Kreisen und Städten Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und
2508 Liegenschaften erarbeitet. Hierzu gehört auch die Konversion militärischer Produktionsstätten und
2509 das Schaffen alternativer Arbeitsplätze.

2510

2511

2512

Gemeinsam das Land verändern

2513

2514

Unser Programm für die Wahl und die Politik der kommenden Legislaturperiode im Landtag besteht aus einer

2515

Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit

2516

unserer Vorstellung von einer solidarischen Alternative, dem demokratischen

2517

Sozialismus. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der selbstverständliches wieder

2518

gelten soll: dass niemand in Armut leben muss, Beschäftigte von Arbeit gut leben können, Bildung für alle

2519

gleichermaßen zugänglich ist, dass der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass Reichtum nicht in den

2520

Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die Gesellschaft investiert wird, es weder

2521

Rassismus noch Ausgrenzung gibt. In der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg. Heute müssen all diese scheinbar

2522

einfachen Dinge neu erkämpft werden. Dass diese Forderungen zusammengehören, macht den Kern der

2523

LINKEN Politik aus. Wir sagen: sozial auch nach der Wahl. Wer Reichtum nicht umverteilen und die Reichen

2524

schonen will, der kann einen Politikwechsel nicht bezahlen – und bereitet sich schon darauf vor, seine

2525

Versprechen aus dem Wahlkampf leider nicht einlösen zu können. Deshalb treten wir für eine grundsätzliche

2526

Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ein, für eine stärkere Besteuerung von hohen

2527

Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist notwendig für diejenigen,

2528

die heute benachteiligt und ausgegrenzt sind und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen. Und es ist

2529

vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht. DIE LINKE ist nicht der Absicherung und Mehrung des

2530

persönlichen Reichtums verpflichtet. Wir wissen, dass Profitinteressen und kapitalistisch bestimmte

2531

Strukturen in der Gesellschaft einem notwendigen sozialökologischen Umbau entgegenstehen. Deshalb sind

2532

Druck von links im Landtag und Druck von unten in der Gesellschaft nötig.

2533

2534

Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen gemacht. Doch soziale

2535

und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen,

2536

sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht und gegen Widerstände durchgesetzt. Aus

2537

diesen Kämpfen erwächst Selbstvertrauen, Kraft und gesellschaftlicher Druck. DIE LINKE und die Linken sind

2538

dabei. Unsere Politik des Widerstandes ist demokratisch, bunt, radikal und phantasievoll. Wir knüpfen

2539

Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen, wir können ihn

2540

gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.